

## Editorial von Manfred Jeub

„Es ist still. Es ist totenstill. In Deutschland werden Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und Hyperschallraketen aufgestellt – und es bleibt still im Land.“, beginnt die Kolumne und sie endet: „Verteidigungsminister Boris Pistorius argumentiert mit einer „Fähigkeitslücke“, um die militärische Aufrüstung zu begründen. An einer Fähigkeitslücke leidet aber auch die Friedensbewegung. Sie hat die Kraft der protestierenden Hoffnung verloren.“ Der Autor Heribert Prantl steht außer Verdacht, dies mit Häme festzustellen.

Suchen wir also festzuhalten oder wiederzugewinnen, was verlorenzugehen droht!

An einer theologischen Reflexion in Erinnerung an Jürgen Moltmann († 3.6.2024) arbeite ich noch – sie wird auf [www.forum-friedensethik.de](http://www.forum-friedensethik.de) zu lesen sein. Hier im Rundbrief soll die Antwort auf Prantls Defizit-Diagnose zunächst einmal ganz praxisorientiert erfolgen.

Es gibt einen neuen **Anlauf zu einer Großdemonstration der Friedensbewegung in Berlin am 3. Oktober**. Unterstützen wir ihn nach Kräften! Wo Sie selbst nicht mittun können, seien Sie Multiplikator\*in. Die Erfahrung des letzten Jahres besagt: Sich bloß nicht spalten lassen!

Margot Käßmann und Reiner Braun liefern reichlich Argumente, die uninformierte, träge oder unentschlossene Zeitgenossen überzeugen könnten. Geben Sie diesen Rundbrief getrost an andere weiter. Auf der Website können Sie jederzeit auf ihn zugreifen.

Diese Ausgabe enthält mit dem zahlen- und belegreichen Beitrag von Lühr Henken bewusst einen schwer verdaulichen Happen. Die laufende Militarisierung wirft bisher nicht gekannte Finanz- und Sozialprobleme auf, von der Klimakrise zu schweigen. Just beim Abschluss der Redaktion bekomme ich die Nachricht, dass für den 12. Oktober in München von verdi zu einer Ersten Groß-Demo gegen Sozialabbau und

Hochrüstung aufgerufen wir. Wir begrüßen das und sehen, von der Klientel her, keine Konkurrenz zu unserem **FFE-Studentag in Karlsruhe**, für den ich jetzt noch einmal um **Anmeldungen** bitte. Zum Beispiel ganz einfach hier; <https://forum-friedensethik.de/veranstaltungen/ffe-studentag-2024/>

Auch meine Glosse „Lob des Leserbriefs“ möchte ein kleines Best-practice-Beispiel gegen Ohnmachtsgefühle sein. Schreiben wir uns aus der Ohnmacht heraus!

Und da ist der zweite Kraft-, Protest- und Hoffungskiller: Die vor den Augen der Welt weiter und weiter ablaufende israelische Schächterei der Menschen in Gaza. Höchste internationale Gerichte lassen es nicht an Klarheit fehlen, aber in Deutschland arbeitet eine Regierung dagegen und die Kirchen bekommen den Mund nicht auf. Niederschmetternd!

Der Beitrag von Charlotte Wiedemann spricht dieselbe Problematik an, die auch im besprochenen Buch von Wolfgang Benz Thema ist: Die durch extreme Verlogenheit im öffentlichen Diskurs hergestellte bedingungslose Israelloyalität. Wir halten das im Leitungskreis für ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem unserer Kirche, das Folgen hat. In deren Zielgruppenkalküls scheint das Segment von Kirchenmitgliedern, dem das politisch-ethische Engagement, auch „prophetisches Wächteramt“ genannt, wichtig ist, überhaupt nicht vorzukommen. Wir im Leitungskreis des FFE sehen umso mehr unsere Erklärung in Geltung: <https://forum-friedensethik.de/pressemitteilung-des-ffe-zum-gewaltexzess-in-gaza/>

Zwei Literaturhinweise von vielen, die es verdient hätten, unter die Leute gebracht zu werden: Das aktuelle Buch von Johannes Zang und der Aufsatzband von Wolfgang Benz, der schon vier Jahre zurückliegt, aber nach dem forcierten proisraelischen Propagandakrieg unter dem Signum der Antisemitismusbekämpfung brandaktuell bleibt.

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| <i>Editorial</i> von Manfred Jeub .....   | 1  |
| <i>Impressum</i> .....  | 2  |
| <b>Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!</b><br>Aufruf der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ zur Demonstration am<br>3. Oktober in Berlin..... | 3  |
| <b>Die Friedensbewegung ist gefordert!</b> Input von Dr. Margot Käßmann bei der<br>virtuellen Aktionsberatung vom 30.06.2024 .....  | 4  |
| <b>Raketen sind Magneten!</b> Interview mit Reiner Braun zum NATO-Gipfeltreffen (12.<br>Juli 2024).....   | 7  |
| <b>Appell zum Schutz für belarussische Kriegsdienstverweiger*innen</b> Das FFE hat die<br>breit getragene Petition mitunterstützt (1. August 2024).....   | 11 |
| <b>Apropos Kriegsdienstverweigerung</b> .....   | 12 |
| <b>Lob des Leserbriefes</b> Eine Glosse von Manfred Jeub (2. August 2024).....  | 13 |
| <b>Das deutsche Aufrüstungsprogramm</b> von Lühr Henken (18. Juni 2024) .....   | 18 |
| <b>Die Glocke von Gaza</b> Essay von Charlotte Wiedemann (25. April 2024).....  | 24 |
| <b>Eine historische Entscheidung</b> von Prof. Dr. Norman Paech (30. Juli 2023).....  | 25 |
| <b>Buchempfehlung 1: Johannes Zang, Kein Land in Sicht? Gaza zwischen</b><br><b>Besatzung, Blockade und Krieg</b> .....   | 28 |
| <b>Buchempfehlung 2: Wolfgang Benz (Hrsg.), Streitfall Antisemitismus. Anspruch</b><br><b>auf Deutungsmacht und politische Interessen</b> .....   | 30 |
| <b>Rückblick: 7. Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen am 25. Mai in Büchel</b> von<br>Dr. Werner Schmidt.....  | 32 |

## Impressum

Das „FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878

FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

<http://www.forum-friedensethik.de>

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55

Redaktion: Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468, jeub@forum-friedensethik.de

## **Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität! Aufruf der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ zur Demonstration am 3. Oktober in Berlin**

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Deshalb:

- **Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza! – Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!**
- **Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen! – Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!**
- **Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen! – Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!**
- **Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall! – Keine Zwangsrekrutierung! Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen! – Keine Milliarden in die Rüstung!**
- **Demokratischen Meinungs-austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen! – Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!**

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind! Es liegt an uns!

Kommt zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 12:30 Uhr nach Berlin! Der Ablauf der Demonstration und Kundgebung wurde wie folgt vereinbart:

Auftaktkundgebungen ab 12:30 Uhr:

- Willy-Brandt-Haus (für Berliner Einzugsbereich)
- Alexanderplatz (Neptunbrunnen) (für Anreisende mit Bussen)
- Invalidenpark (Nähe Hbf) (für Zuganreisende)

Sternmarsch mit drei Demonstrationszügen. Beginn um 13:00 Uhr

Beginn der Kundgebung auf dem „Platz des 18. März“ (Brandenburger Tor) um 14:00 Uhr

Hauptkundgebung mit Rednern und Kultur um 14:30 Uhr

Kundgebungsende 16:00 Uhr (danach Friedensfest).

Eine dringende Bitte! Wir sparen, wo wir können, und machen fast alles ehrenamtlich. Aber die Demonstration und Kundgebung kostet Geld. Die Veranstaltung muss durch Spenden finanziert werden: Wir bitten daher, auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt bei der Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90, großzügig zu spenden. Da die Friedens- und Zukunftswerkstatt als gemeinnützig anerkannt ist, können Spenden steuerlich geltend gemacht werden.

**Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“**  
Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Rita-Sybille Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl

Alle aktuellen Informationen zur Demonstration auf der Webseite: <https://www.nie-wieder-krieg.org>

## Die Friedensbewegung ist gefordert! *Input von Dr. Margot Käßmann bei der virtuellen Aktionsberatung vom 30.06.2024*

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, fassungslos erleben wir seit dem Februar 2022 eine schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft. Da ist die Friedensbewegung gefordert!

Zum einen geht es um die **Sprache**. „Helden“, „Blut-zoll“, „Tapferkeit“ – all das ist inzwischen Sprachgebrauch der Medien. Die Außenministerin erklärt, wir dürfen nicht „kriegsmüde“ werden. Der Verteidigungsminister meint gar, wir müssten „kriegstüchtig“ sein. Die Medien schreiben das Wort „Verhandlungen“ inzwischen in Anführungszeichen. Im Aktuellen Sportstudio wird über die von Prinz Harry initiierten Invictus Games berichtet, wie großartig diese Sportler mit ihren Behinderungen umgehen. Was aber der Grund für ihre Behinderung ist – Krieg! –, wird nicht erwähnt. Da muss die Friedensbewegung wachsam sein.

Zur schleichenden Militarisierung gehört vor allem die **Rolle der Bundeswehr**. Die Zahl rekrutierter Minderjähriger nimmt stetig zu. Das Kinderhilfswerk terre des hommes nennt das ein „Armutzeugnis“ für die Bundesregierung. Bundesminister Pistorius wirbt inzwischen für „Schnupperpraktika“ und fordert ungehinderten Zugang für Jungoffiziere an Schulen, um den Dienst in der Bundeswehr Jugendlichen schmackhaft zu machen.

Bundesbildungsministerin Starck-Watzinger hat erklärt, an den Schulen solle für „ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ geworben werden. Zudem wirbt sie für Zivilschutzübungen an Schulen zur Vorbereitung auf Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen oder Krieg. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder will mit einem bayrischen Bundeswehrgesetz die Schulen verpflichten, die Armee zu einzuladen. Die aktuelle Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist da nur folgerichtig. Wäre es nicht so bitter, ließe sich darüber schmunzeln, dass ein CSU-Minister ihre Aussetzung veranlasst hat und ein SPD-Minister sie wieder einführen will. An diesem Punkt kann die Friedensbewegung auch die jüngere Generation abholen, davon bin ich überzeugt. „Meine Söhne nicht.“...

Das Militär ist nicht die „Schule der Nation“. In seiner Antrittsrede als Bundespräsident sagte Gustav Heinemann am 1. Juli 1969: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie

meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterwiesen wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall.“<sup>1</sup> Wir brauchen Schulen, die Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktbewältigung auf dem Lehrplan haben. Wir sollten dafür eintreten, dass die Friedensbewegung an Schulen präsent ist.

Auch gibt es nun einen „Operationsplan Deutschland“, der ständig aktualisiert wird. Generalmajor André Bodemann erklärte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung<sup>2</sup>, Deutschland und die Bundeswehr müssen sich darauf einstellen, «auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren.» Das könne die Bundeswehr nicht allein leisten: «Deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.» Es könne beispielsweise eintreffen, «dass sich etwa eine US-Division durch Deutschland in Richtung Osten bewegt, Tausende Fahrzeuge, Tausende Soldaten. Dann müssen die gepflegt werden». Sein Plan sei bei den 16 Bundesländern und allen Bundesressorts sehr positiv aufgenommen worden, «auch bei den Blaulichtorganisationen, vom Roten Kreuz bis zur Polizei», sagte Bodemann. Das ist in der Bevölkerung bisher gar nicht präsent, wir können es ändern.

Zu alledem passt die Entscheidung des Bundestags, für die bessere Sichtbarkeit von Soldaten in der Öffentlichkeit einen nationalen Veteranentag „für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten“ ins Leben zu rufen. Ich frage mich, wo Respekt und Anerkennung für Lehrerinnen und Lehrer, Pflegekräfte, Polizeibedienstete, Ehrenamtliche ihre Würdigung finden. Und ich war stets froh, dass es nach 1945 keinen Heldengedenktag mehr gab, sondern stattdessen einen Volkstrauertag! Ab kommandem Jahr sollten wir den 15. Juni für Aktionen gegen die Kriegstreiberei nutzen.

Und zur Militarisierung passt eine beispiellose Aufrüstung, an der vor allem die Rüstungsindustrie verdient, deren Aktien Rekordhöhen erreichen. Allein die Aktie von Rheinmetall ist seit Februar 2022 von 96 € auf 560 € gestiegen! Aktionäre verdienen an den Kriegen der Welt und wenn die Flüchtlinge aus diesen Kriegen zu uns kommen, werden sie abgewiesen. Der Bundeskanzler selbst war im letzten Monat eigens zum Spatenstich für eine neue Rüstungsfabrik in Unterlüß zugegen. Die weltweiten Rüstungsausgaben

<sup>1</sup> Gustav Heinemann, Antrittsrede als Bundespräsident, im Wortlaut abgedruckt in: SZ 2.7.1969, S. 7.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Carstens, Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr, FAZ 22.04.2024.

liegen mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem absoluten Rekordhoch. Und: Mit „Steadfast Defender“ fand in diesem Jahr das größte Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges statt. 90.000 Soldatinnen und Soldaten aus 32 Ländern nahmen teil. Das erklärte Ziel: Abschreckung. Dazu passt, dass erstmals eine ganze Brigade der Bundeswehr, 5.000 Soldatinnen und Soldaten mit ihren Familien, im Ausland stationiert werden soll, in Litauen.

Als sei das alles nicht genug, wird auch noch von Finanzminister Lindner und anderen eine Debatte über eine EU-Atombombe gefordert (SZ 14.2.24). Auch der ehemalige Außenminister Joschka Fischer fordert **Atomwaffen** für die EU und sagt „wir müssen unsere Abschreckungsfähigkeit wiederherstellen.“ (Zeit online 3.12.23). Dazu rufen wir als Friedensbewegung in der Tradition von Wolfgang Borchert unser Nein! Wir wollen nicht kriegstüchtig werden, sondern friedensfähig! Wir wollen keine weitere Aufrüstung, sondern endlich, endlich Abrüstung!

Atomwaffen dürfen nicht neu legitimiert werden. Sie gehören verbannt! Wir brauchen keine Abschreckung. Dringend notwendig sind stattdessen Konzepte für friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten. Wir müssen der jüngeren Generation klarmachen, was ein Atomkrieg bedeutet!

Ja, Wladimir Putin ist ein Kriegsverbrecher. Aber es ist fatal, dass mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine immer nur Waffenlieferungen im Wert von vielen Milliarden Euro, Waffensysteme, Militärstrategien diskutiert werden. Aber die Folge sind noch mehr Tote. Waffen sind nicht die Lösung, sondern das Problem!

Viele Militärstrategen sagen, der Krieg in der Ukraine könne nicht militärisch entschieden werden. Deshalb brauchen wir Friedensstrategien, diplomatische Initiativen, Hoffnungszeichen, Milliardeninvestitionen in Frieden. Nur so wird dem Gemetzel ein Ende gesetzt. Es braucht im öffentlichen Bewusstsein Friedenslogik statt Kriegslogik. Nur wenn wir friedentüchtig werden, hat diese Welt Hoffnung auf Zukunft. Wer einmal das Beinhaus von Douaumont besucht hat, in dem die Knochen von 130.000 jungen Männern zusammenliegen, die auf den Schlachtfeldern von Verdun starben, sieht den ganzen Irrsinn des Krieges. Sie sollten darum kämpfen, ob das Land zu Frankreich oder zu Deutschland gehört. Mit Blick auf ihre Gebeine ist das vollkommen irrelevant ...

Zudem: **Kriegsdienstverweigerung** ist ein Menschenrecht. 300.000 junge Männer haben Russland verlassen. Sie werden zum Teil als Feiglinge diffamiert. Sie sollten als politisch Verfolgte bei uns Asyl erhalten. Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60

Jahren dürfen das Land nicht verlassen. Fast eine Million von ihnen aber haben Zuflucht in Westeuropa gesucht. Sie bangen jetzt darum, ob sie bleiben können. Das widerspricht der stetigen Behauptung, alle Ukrainer wollten unbedingt zum Kämpfen an die Front. Zu den viel beschworenen europäischen Werten gehört: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Ich respektiere die Entscheidung eines Menschen, Soldat, oder Soldatin zu werden. Aber ich habe mich schon immer gefragt, warum eigentlich das Gewissen derjenigen offiziell geprüft wird, die den Kriegsdienst verweigern, und nicht das Gewissen derjenigen, die Kriegsdienst leisten.

Und nicht zuletzt wird die **Friedensbewegung diskreditiert**. Von „selbsternannten Friedensfreunden“ ist die Rede. Wer Friedensverhandlungen fordert, wird sofort als Putinversteh\*in diffamiert. Volker Beck twittet, ich sei ethisch mit meinem „Teestubenpazifismus“ immer auf der falschen Seite (was impliziert, dass er auf der richtigen ist). Sasha Lobo nennt uns „Lumpenpazifisten“, Roderich Kiesewetter „wohlstandsverwöhnt“. Das weisen wir von uns. Auch all die begeisterten Befürworter von Waffenlieferungen werden selbst nicht in den Krieg ziehen, sondern bleiben bequem und wohlstandsverwöhnt auf ihren Sofas! Unser Land sollte aufhören, mit Waffenlieferungen schleichend zur Kriegspartei zu werden. Die Botschaft muss lauten: Fangt endlich damit an, Teil der Lösung zu sein, indem ihr Diplomatie liefert, die zu Waffenstillstand und Verhandlungen führt!

Gleichzeitig mit den Milliarden, die für Rüstung ausgegeben werden, wird im sozialen Bereich gekürzt. An Freiwilligendiensten. An Entwicklungshilfe. An Flüchtlingsprogrammen. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Warum bleibt es so still angesichts dieser Entwicklung? Der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze hat 1946 formuliert: „...die Menschheit läßt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschläfern...“ Ein guter Ansatzpunkt für Friedensethik: sich nicht in Verantwortungslosigkeit „hineinschläfern“ lassen! Wir werden wach bleiben als deutsche Friedensbewegung. Es gibt im Krieg keine guten und schlechten Waffen. Außenministerin Baerbock erklärt, „unsere Waffen schützen Leben“. Das mag sein. Aber sie töten eben auch! Das müssen wir immer wieder klarmachen

Ständig ist das Gegenargument: Putin will doch nicht verhandeln. Aber sollen Verhandlungen nur durch noch mehr Tote möglich werden?

Verhandlungsbereitschaft kann auch herbeiverhandelt werden, so der Journalist Heribert Prantl. Waffenstillstand heißt nicht Kapitulation, sondern schafft die Möglichkeit zu sondieren, wie verhandelt werden kann. Wo sind denn neben all den Militärstrategen im

öffentlichen Diskurs die kundigen Diplomatiestrategen? Wo bleibt die große internationale Friedensinitiative? Auch die Friedensbewegung muss sich über nationale Grenzen hinweg vernetzen.

Dabei darf die extreme Rechte keinen Raum bekommen. Es ist beklemmend, dass sich die AfD als Friedenspartei darstellt. Wer von Zwangsdeportationen fantasiert, sät Unfrieden! Wir treten ein für eine Überwindung von Nationalismus und Rassismus, die Menschlichkeit und Gemeinschaft möglich macht. Wer Unfrieden sät, kann nicht glaubwürdig für Frieden eintreten.

Ministerpräsidentin Schwesig hat kürzlich gesagt, sechzig Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern lehnen Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Das muss sich doch in der Politik demokratischer Parteien spiegeln! Warum wurde nach den EU-Wahlen nicht thematisiert, dass viele rechtsextreme Parteien wählen, nicht weil sie Neonazis favorisieren, sondern weil sie gegen Waffenlieferungen sind? Das Meinungsforschungsinstitut Civey hat gezeigt, dass 55 Prozent der Deutschen einen Nato-Beitritt der Ukraine ablehnen, in Ostdeutschland sogar 62 Prozent der Befragten. Das kann doch die veröffentlichte Meinung nicht einfach ignorieren. Diese Überzeugung vieler Menschen im Land muss Gehör finden. Denn die veröffentlichte Meinung, so Richard David Precht, ist derzeit eben nicht die öffentliche Meinung.

Auch der Nahe Osten spielt eine Rolle. Der entsetzliche Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat unendliches Leid über viele Menschen in Israel gebracht.

Und die Gegenreaktion Israels bringt jetzt noch mehr Leid über die Menschen in Gaza. Es hilft doch niemandem, jetzt Israel zu hassen für eine Regierung, die menschenverachtend handelt. Viele Israelis protestieren selbst im ganzen Land dagegen. Und Judenhass daraus abzuleiten ist absolut inakzeptabel. Das Leid der Opfer vom 7. Oktober und das Leid der Opfer in Gaza darf doch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es muss einen sofortigen Waffenstillstand auch dort geben, eine internationale Konferenz für Frieden und Sicherheit in Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat. Um der Menschen willen muss die Gewalt ein Ende finden!

Wir müssen unterscheiden zwischen einer Regierung Netanjahu, dem Land Israel und dem Judentum. Für Antisemitismus und Judenhass ist in der Friedensbewegung kein Platz.

Zudem: Huthi-Rebellen beschießen in der Folge Frachtschiffe und europäische und amerikanische Marine greift ein. Der ganze Nahe Osten könnte zum Kriegsgebiet werden. Und die Kriege, die im Jemen

oder im Sudan toben, sind dabei noch gar nicht im Fokus unserer Aufmerksamkeit. Wir wollen nicht, dass die Eskalationsspirale weitergetrieben wird. Was notwendig ist, sind De-Eskalation und Abrüstung, das müssen wir klarmachen!

Als evangelischer Christin ist mir bewusst:

Jahrhundertlang wurden Waffen durch Kirchenvertreter gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder davon. Der russische Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als sei Russland angegriffen durch westliche Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Das ist für mich Gotteslästerung.

Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keinerlei Grundlage. Jesus hat gesagt

„Steck das Schwert an seinen Ort“ und noch mehr: „Liebet Eure Feinde“. Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King hat erklärt, das sei das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen hat. Das stimmt. Aber es ist zuallererst eine bleibende Mahnung, sich nicht in Feindbilder hineintreiben zu lassen.

Ich bin Großmutter von sieben Enkelkindern. Wenn ich an diese Kinder denke, an all die Kinder in der Ukraine, in Russland, in Syrien, im Jemen, im Sudan, dann sind 100 Milliarden Euro für Rüstung zusätzlich zum Bundeswehretat von schon mehr als 50 Milliarden Euro allein in unserem Land doch keine Investition in ihre Zukunft. Was sie brauchen, ist eine Investition zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Ihre Zukunft wird lebenswert durch Milliarden Euro, die in Bildung und Entwicklung investiert werden. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte.

Auch diese Kinder werden inzwischen indoktriniert. Da sendet das ZDF allen Ernstes im Rahmen seiner Kindernachrichtensendung „Logo“ (27.2.24) einen Comic, in dem Kriegsgeräte um Anerkennung ringen nach dem Motto, wer ist der tollste Marschflugkörper im Land. Und der arme Taurus wird bedauert, weil Olaf Scholz ihn ja nicht fliegen lässt! Da wird im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, für den wir Gebühren zahlen, bei Kindern dafür geworben, dass ein Marschflugkörper in die Ukraine geliefert wird, dessen Einsatz umstritten ist, weil wir dadurch mehr und mehr zur Kriegspartei werden. Das kann doch nicht unwidersprochen bleiben!

Wer Waffenlieferungen ablehnt, wird als naiv, dumm und ahnungslos hingestellt. Das ist für einen demokratischen Diskurs unwürdig. In Verantwortung auch mit

Blick auf die deutsche Geschichte und mit Blick auf die Zukunft unseres Landes halte ich es als Deutsche für richtig, keine Waffen in ein Kriegsgebiet zu liefern. Bis Februar 2022 war das Konsens ...

Nur Abrüstung und Frieden werden die Zukunft der Menschheit sichern. Die Hoffnung, dass das möglich

ist, halten wir wach, auch in diesen Tagen und hoffentlich laut hörbar und weithin sichtbar am 3. Oktober in Berlin!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Raketen sind Magneten! Interview mit Reiner Braun zum NATO-Gipfeltreffen (12. Juli 2024)**

*Reiner Braun, ein Urgestein der Friedensbewegung, war beim aktuellen NATO-Gipfel in den USA vor Ort, um gegen das Bündnis zu demonstrieren. Im Interview rechnet Braun schonungslos mit dem „Kriegsbündnis“, wie er es nennt, ab. Für alle, die Frieden wollten, „ist das militaristische NATO-Militärbündnis eine Gefahr“. Auch deshalb müsse Deutschland „politisch der Friedenslogik und nicht der Kriegslogik folgen“ und die NATO verlassen. Ein Interview von Marcus Klöckner*

**Marcus Klöckner: Herr Braun, gerade wurde bekannt, dass die USA Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren wollen. Was sind Ihre Gedanken?**

**Reiner Braun:** Die Eskalationsdynamik per se ist dieser Beschluss, bringt er doch Europa zurück zur brandgefährlichen Situation von 1983. In fünf bis sieben Minuten können diese landgestützten Mittelstreckenraketen Moskau erreichen, sie sind konventionell und atomar bestückt für den Erstschlag geeignet, ebenso wie die neu zu stationierenden Dark Eagle und die Hyperschallflugzeuge. Gemeinsam mit Frankreich und Spanien sollen die Mittelstreckenraketen weiter- bzw. neu entwickelt werden, für Jahrzehnte ist eine hemmungslose Aufrüstung geplant. Mit der Entwicklung eines gemeinsamen militärisch-industriellen Komplexes beiderseits des Atlantiks zur Produktion von neuen und mehr Waffen und Munition wird ein weiterer Schritt der umfassenden militärischen Zusammenarbeit gegen Russland und China geplant. Das alles ist Kriegsvorbereitung pur. Dieser Gipfel war ein Kriegsgipfel und bringt uns der Katastrophe ein ganzes Stück näher. Die militärische Antwort Russlands und Chinas wird erfolgen. Die Eskalationsspirale dreht sich. Die Friedensbewegung ist gefordert, eine umfassende politische Antwort auf den Straßen und Plätzen der Republik zu geben, umfassend in der Ablehnung des Gesamtprogramms der Kriegsvorbereitung. Die bundesweite Demonstration am 3. Oktober bekommt eine noch größere Bedeutung, aber auch die Aktionen am 6. August und am 1. September, dem Antikriegstag.

Aber mehr ist notwendig! Diese Beschlüsse sind verheerend und eine Provokation für jede und jeden, der ein Friedensherz hat.

**Wie verhält sich die deutsche Politik in Anbetracht dieser Entwicklung?**

Die Zustimmung zur Stationierung von Langstreckenraketen, die weit nach Russland hineinreichen, und die hemmungslose Aufrüstung, die den deutschen Kriegsetat auf weit über 90 Milliarden ansteigen lässt, zeigen, was Kind die deutsche Politik ist. Sie kann nur als kriegsfördernd und militaristisch bezeichnet werden. Die Bundesregierung treibt mit der Entwicklung neuer Waffensysteme bei Panzern und Flugzeugen die technologische Aufrüstung weiter voran. Innenpolitisch werden von Bildung über Wissenschaft bis Gesundheit und Infrastruktur gesellschaftliche Bereiche militarisiert. Diplomatie ist für diese Regierung, aber auch für die Mehrheit der Opposition ein Fremdwort, Abrüstung geradezu ein Schimpfwort. Diese Regierung muss so schnell wie möglich abgelöst werden! Eine andere Politik kann aber nur durch ein weit größeres Engagement der Betroffenen und engagierter Teile der Bevölkerung erreicht werden.

**Gerade hat der NATO-Gipfel in den USA stattgefunden. Wie ordnen Sie das Treffen ein?**

Es war der Gipfel zum 75. Geburtstag der NATO, schon das zeigt seine Bedeutung. Es ist aber besonders ein Gipfel, der die neue, die „GLOBALE NATO“, das mächtigste Militärbündnis in der Geschichte der Menschheit präsentiert. NATO als ‚nordatlantischer Militärzusammenschluss‘ ist lange vorbei, das Wort ist eigentlich schon länger eine Lüge.

**Wie meinen Sie das?**

Bei diesem Gipfel ging es um die militaristische Kriegspräsentation der 32 euroatlantischen NATO-Länder mit ihren globalen Partnern: Japan, Südkorea, Philippinen, Singapur, Australien und Neuseeland. Mit all diesen Ländern gibt es kooperative Partnerschaftsabkommen oder auch regionale

Militärallianzen (wie AUKUS, Japan/Südkorea/US-Bündnis), die gemeinsame Aufrüstung, gemeinsame Kriegsmanöver und gemeinsame Feindbilder beinhalten. Die Namen der Länder zeigen schon, worum es der NATO geht – um die Einkreisung Russlands und Chinas. Die aggressive Politik gegenüber China steht neben dem Ukrainekrieg auch im Mittelpunkt der Diskussionen. Die Präsidenten oder Premierminister der genannten Länder nahmen an dem Gipfel teil.

### **Zum Ende des Treffens gab es ein Schlussdokument.**

Ein Schlussdokument, das meines Erachtens geprägt ist von einer aggressiven Kriegssprache. Das ist bezeichnend und unterstreicht die Rolle der NATO.

### **Nämlich?**

Hemmungslose und immer gefährlichere Aufrüstung in Europa mit neuen, auch atomar nutzbaren Mittelstrecken und Hyperschallwaffen, das Setzen auf „Sieg in der Ukraine“, die Formulierungen zum (noch) kalten Krieg zu China. Auffallend ist die immer wiederkehrende Forderung, dass die Gesellschaften der NATO-Länder kriegstüchtig und kriegswillig gemacht werden sollen – durch Feindbildpropaganda bisher ungekannten Ausmaßes und durch eine umfassende innere Militarisierung. Das Eigenlob der NATO stinkt zum Himmel, vergessen ist das Afghanistan-Fiasco. Die Politik aller NATO-Staaten und -Verbündeten eint eine wahnsinnige Aufrüstungspolitik. Salopp gesagt, die zwei Prozent des NATO-Gipfels von Wales 2014 sind perdu, es geht mit rasanter Geschwindigkeit in immer mehr Ländern Richtung drei Prozent. 1,34 Billionen Dollar Rüstungsausgaben 2023 sind nur ein Zwischenschritt. Es geht um die umfassende Modernisierung, besser: Neuausrichtung der Atomwaffen, bei der diese immer kleiner und zielgenauer werden sollen. Es geht, um es in einem Satz zu sagen, um weitere umfassendere Kriegsvorbereitung. Das Wort, das auf diesem Gipfel keine Rolle und keinen Platz hat, ist Diplomatie. Alles ist erschreckend und wirklich hochdramatisch gefährlich. Die NATO selbst ist das größte Sicherheitsrisiko!

### **Sie waren vor Ort. Warum? Was haben Sie gemacht?**

Wann, wenn nicht jetzt, sind Protest und Widerstand notwendig. Mit anderen internationalen Kolleginnen und Kollegen habe ich an dem Gegengipfel „No to NATO – yes to peace“, an der Kundgebung vor dem Weißen Haus und an Aktionen vor den Tagungsgebäuden der NATO teilgenommen. Das internationale Netzwerk „No to war – no to NATO“ war ein wesentlicher Organisator zusammen mit vielen US-Organisationen. Besonders „World beyond war“ und „codepink“. Die Aktionen waren inhaltsreich,

vielfältig und spannend, aber – auch das muss gesagt werden – bei der Größe der Teilnehmerzahlen bei Weitem nicht den Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, entsprechend. Sie waren, dies gilt besonders für die Kundgebung, viel zu klein. Hier stehen wir als internationale Friedensbewegung noch vor großen Herausforderungen. Wir müssen mehr, intensiver und besser mobilisieren – dies gilt, auch das ist ein Ergebnis unserer Diskussionen, für fast überall auf der Welt. Deutlich war, dass Protest gegen einzelne Kriege und Verbrechen wie den Krieg Israels mit Unterstützung der USA und Deutschlands gegen die Palästinenser noch keine umfassende Mobilisierung gegen das verantwortliche Kriegsbündnis NATO bedeutet. Hier haben wir noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, sicher gerade auch in Deutschland. Nach Umfragen haben immer noch 72 Prozent der Bundesbürger eine positive Meinung zu dem Kriegsbündnis.

### **Was ist das für ein Weg, den die NATO im Hinblick auf Russland eingeschlagen hat?**

Das Schlussdokument von Washington ist da ganz eindeutig: neue, auch atomar einsetzbare Mittelstreckenraketen nach Europa. Wir erinnern uns an die Situation 1983: Auch atomar nutzbare Erstschlagwaffen werden in Deutschland stationiert. Russische Gegenmaßnahmen sind angekündigt. Hyperschallwaffen sollen das Arsenal schneller Kriegführung ebenso ergänzen wie erneut US-Atomwaffen in Großbritannien. Weitere umfassende Aufrüstung, bis zu 50 neue Brigaden, Vervierfachung der Luftabwehr, Truppenstationierung an der russischen Grenze, siehe 5.000 deutsche Soldaten in Litauen, neue Militärbasen besonders in Rumänien sind weitere vereinbarte bzw. bestätigte Maßnahmen der NATO. Es ist ein Weg, der mindestens eine atomare Eskalation nicht ausschließt.

### **Was bedeutet die Aufrüstung für Deutschland und seine Bürger?**

Butter und Kanonen sind noch nie zusammengegangen! So auch jetzt. Die deutsche Industrie fordert ein Investitionsprogramm von 400 Milliarden Euro, die Gewerkschaften treten schon lange dafür ein. Wir alle wissen, die Deutsche Bahn ist kaputt saniert worden, der öffentliche Nahverkehr vor allem auf dem Land ein Fiasco. Das Gesundheitswesen ist mehr eine Krankenverwaltungsinstitution, überall fehlt das Geld. Die berühmten stinkenden Toiletten in den Schulen sind nur ein Sinnbild für fehlendes Geld in der Bildung, Universitäten und Hochschulen bedürfen dringend einer Grundrenovierung. Umwelt und Klima verlangen nach gewaltigen Investitionen, die nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen beschafft werden dürfen. Kitas, Altenpflege, alle sozialen Bereiche erfordern eine massive finanzielle Verbesserung – nicht zuletzt für die, die dort täglich arbeiten. Dies geht nur



durch die Kürzung des 90 bis 100 Milliarden schweren Rüstungsetats – auch, weil durch eine weniger militaristische Politik wieder Kraft und Wille für die zivile Gestaltung der Zukunft eröffnet wird. Dann kann eine Debatte über die sozial-ökologische Transformation bestimmend wirken und nicht hemmungsloser Militarismus. Es geht also um eine prinzipielle Weichenstellung: Bildung statt Bomben, Soziales statt Rüstung. Deshalb auch die große bundesweite Demonstration am 3. Oktober in Berlin.

**Von NATO-Befürwortern heißt es, die NATO sei eine Erfolgsgeschichte. Mehr Mitglieder, der Militarismus tritt in den Vordergrund. Darüber freuen sich einige. Wie sehen Sie das?**

Für alle, die glauben, dass mehr Waffen Frieden schaffen, ist die NATO mit nun 32 Mitgliedsorganisationen und einem massiven Einfluss in reaktionären Ländern Asiens erst einmal oberflächlich ein Erfolg. Für die Rüstungsindustrie ist die NATO natürlich ein Erfolg, ein Elixier der Selbsterhaltung. Für alle, die Frieden wollen, ist das militaristische NATO-Militärbündnis eine Gefahr, weil NATO immer mit Krieg verbunden ist. Wir haben zurzeit 20 Kriege und ungefähr 200 bewaffnete Konflikte. Viele sind verbunden (direkt oder indirekt) mit Interventionen von NATO-Staaten oder kolonialen Erben, die mit NATO-Staaten eng verbunden sind. Geflüchtete sind oft die Opfer und Folgen dieser Kriege und Interventionen. Alle, die soziale Gerechtigkeit anstreben, müssen der NATO kritisch gegenüberstehen. Die ca. 1,5 Billionen Euro, die die NATO-Staaten für Rüstung ausgeben, fehlen bei der sozialen Entwicklung, fehlen bei Bildung und Gesundheit. Vergessen werden sollte niemals, dass die NATO auch ein immenser Klimakiller ist, und zwar durch die vielen Manöver, die ganze Fliegerei, die Aufrüstung auch schon im Frieden. Wäre die NATO ein Staat, läge er an sechster Stelle der größten Klimasünder. Also eine Erfolgsgeschichte, die sich an humanistischen Idealen orientiert, ist die NATO sicher nicht, eher das Gegenteil, und das wirft immer wieder die Frage auf: Müssen wir diesen hoch aggressiven Dinosaurier nicht schnell loswerden?

**Soll Deutschland überhaupt noch länger Mitglied in der NATO sein?**

In der Konsequenz, dass wir politisch der Friedenslogik und nicht der Kriegslogik folgen sollten, müssen wir die NATO als Institution überwinden, und ein Austritt Deutschlands aus der NATO würde dieses sicher fördern. Möglich ist dieses – Frankreich hat es mit dem Austritt aus den militärischen Strukturen in den 60er-Jahren bewiesen. Der Deutsche Bundestag müsste diesen Austritt beschließen; ein Jahr, nachdem dieser Beschluss der Regierung den Vereinigten Staaten mitgeteilt würde, träte er in Kraft und Deutschland

würde die Vertragsorganisation verlassen. Wachsende Teile der Friedensbewegung fordern dieses entsprechend der Friedenslogik, der sie sich verbunden fühlt. Einfach ist dieses nicht, 72 Prozent der Bevölkerung unterstützen nach den Umfragen die NATO, eine Mehrheit im Parlament ist nicht in Sicht (vorsichtig formuliert). Deswegen scheint mir die Hauptaufgabe zurzeit zu sein, die NATO-Politik mit allen ihren – in der Bevölkerung weitgehend unbekannt – kriegerischen und sozialen Konsequenzen immer wieder zu delegitimieren, um eine wirkliche Anti-NATO-Stimmung in der Bevölkerung zu schaffen. Ohne dass wir die berühmte kulturelle Hegemonie gemäß Gramsci in dieser Frage haben, werden wir den Austritt sicher nicht durchsetzen. Leider denkt ein wesentlicher Teil der Bevölkerung (auch viele Linke) immer noch, die NATO würde unsere Sicherheit gewährleisten. Dabei wird vergessen: Zentraleuropa ist infrastrukturell nicht zu verteidigen, die Zerstörungen würden die Infrastruktur und die Umwelt absolut „unlebenswert“ machen – auch ohne Atomwaffen. Dazu reichen die Zerstörungen der Kernkraftwerke und der Chemiewerke vollständig aus. Was in der militaristischen Begeisterung vergessen wird: Raketen sind auch Magneten. Je mehr Deutschland in ein Waffenarsenal verwandelt wird, umso mehr wird es strategisches Angriffsziel. Alles, was wir anderen antun, kommt auf uns zurück und zerstört, was verteidigt werden sollte. Atomwaffen würden das Ende für Europa, den atomaren Holocaust bedeuten. Europa kann nicht militärisch, sondern nur politisch gemeinsam „verteidigt“ werden. Deshalb ist die Politik der gemeinsamen Sicherheit die Überlebensgarantie für eine friedliche Zukunft.

**Angenommen, Donald Trump wird wieder US-Präsident. Wie sieht es dann mit der NATO aus?**

Ein Präsident Donald Trump ist alles, nur kein Friedenspräsident. Er hat eine klare Prioritätensetzung, und diese heißt, mit aller politischen, ökonomischen und militärischen Kraft einen Krieg gegen China, das er für die Hauptgefahr der US-Hegemonie hält, aktiv vorzubereiten, ja führen zu können. In diesem Sinne möchte er die USA aus dem Krieg in der Ukraine rausziehen und diesen entweder beenden oder ihn den Europäern überlassen. Diese sollen viel stärker aufrüsten als jetzt. Dazu benutzt er die NATO – wie schon in seiner ersten Amtszeit – und einen angeblichen NATO-Rückzug als Erpressungsinstrument. Sein Ziel – formuliert von ihm und seinen wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Beratern – sind mindestens drei Prozent Bruttonationalprodukt für Rüstung und aktive Kriegsbeteiligung unter autoritärer US-Führung. Die Schimäre, dass die Europäer in der NATO mitreden können, wird abgestreift. Einen zweiten Krieg hat Trump fest im Auge: gegen den Iran und alle ihn

unterstützenden Kräfte des Widerstandes gegen die israelische Okkupation von Palästina. Kritische Bemerkungen oder Rüstungskürzungen für Israel wird es unter ihm nicht geben. Dieser regionale Krieg kann schnell zu einem nuklearen Weltbrand werden. Nicht zu vergessen: Donald Trump ist ein aktiver Unterstützer des Genozids Israels, auch aus offensichtlich rassistischen Motiven. NATO ist eine Donald Trumps Befehle entgegennehmende Organisation, und zwar so brutal und eindeutig, dass selbst die Unterwerfung gewohnten europäischen politischen Führer zaghafte aufmucken. In den strategischen Zielen sind sie sich einig, verbale Absetzungsrhetorik ist ein Ablenkungsmanöver. Deals, die Trump immer wieder propagiert, dienen Donald Trump nur dazu, diese Haupttrichtungen seiner Kriegspolitik politisch abzusichern, nicht um Friedensprozesse einzuleiten und zu organisieren. Selbstverständlich sollten wir dieses – ohne Illusionen – für eine Beendigung des Ukrainekrieges nutzen. Wir sollten niemals vergessen: Auch Trump ist ein Mann des militärisch-industriellen Komplexes der USA, was man auch an seinen Wahlkampfspenden unschwer erkennen kann.

**Weiter zur aktuellen Situation. Orbán war gerade in Russland und hat mit Putin gesprochen. Und er war in China. Wie bewerten Sie diese Initiative?**

Die Zerstörung des Kinderkrankenhauses – ganz gleich durch welchen Verursacher – zeigt, dass wir dazu kommen müssen, den Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich durch Waffenstillstand, Verhandlungen und Diplomatie zu beenden. Das Töten, das Leid und die Zerstörung müssen aufhören. Diese humanistische Zielstellung bedeutet auch, dass alle Initiativen von Persönlichkeiten, Regierungen und internationalen Zusammenschlüssen in Richtung Frieden unterstützt werden müssen – so auch die hoch zu schätzende Initiative und Reisetätigkeit von Orbán. Man kann nur hoffen, dass die Vielfalt dieser Initiativen – besonders der aktuellen von China/Brasilien – das Verhandlungsklima und das Kräfteverhältnis schnell so verändern wird, dass wieder Frieden in der Region einzieht oder wenigstens ein Friedensprozess eröffnet werden kann. Es ist eine Binsenweisheit, dass Friedensprozesse alle kriegsführenden Parteien zusammenführen müssen. Separatistische Unternehmen wie der Bürgenstock-Gipfel in der Schweiz sind (gescheiterte) Propagandamanöver, aber kein Friedensprozess. Notwendig ist allerdings eine eigene Aktivität der Bundesregierung in Richtung Verhandlungen. Waffen lösen kein Problem. Es wäre hundertmal sinnvoller, wenn Kanzler Scholz zu Putin reisen würde, um mit ihm in dieser so gefährlichen Situation Wege aus den Krisen zu finden. Nur wer miteinander redet – so der Altkanzler Schmidt –, kann Frieden entwickeln.

**Westliche Politiker nahmen Anstoß an der Initiative Orbáns. Wie erklären Sie sich das?**

Diese Kritik ist absurd und soll davon ablenken, dass die NATO und auch die Bundesregierung gegen jedes realistische Verständnis von Kräftekonstellation und Kriegsführung immer noch glauben, den Krieg militärisch gewinnen zu können, und nur eine politische Richtung kennen: mehr Waffen, also mehr Tod und Verderben und Ausweitung des Krieges hin zu einem direkten NATO-Krieg gegen Russland. Es ist fast zum Verzweifeln, mit was für einer Unvernunft ja sehenden Auges ein großer Krieg in Kauf genommen wird. Man muss die Angebote Putins ja nicht teilen, aber sie eröffnen wie viele andere Initiativen – übrigens auch einige Bemerkungen von Selenskyj, u.a. bei dem Treffen in der Schweiz – die Möglichkeit, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. NATOs Nein dazu ist unverantwortlich. Sie wollen nicht wissen, was sie wissen müssten, aber offenkundig nicht wissen wollen: Nur Diplomatie und eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, bei der die Sicherheitsinteressen aller Staaten gleichgewichtig berücksichtigt werden, können einen Weg zum Besseren und gegen die dramatische Kriegsgefahr schaffen. Dafür zu wirken, bleibt Aufgabe der Friedensbewegung.

**Wie sieht aus Ihrer Sicht ein sinnvoller Weg in Richtung Frieden in der Ukraine aus? Was muss getan werden?**

Frieden ist aus meiner Sicht mehr als ein Ende des Krieges. Aber ohne dass die Waffen schweigen, wird es keinen Friedensprozess geben. Deswegen sind Waffenstillstand und Verhandlungen unabdingbar. Es ist aus meiner Sicht müßig, über die konkreten Details von Verhandlungen zu spekulieren. Beide Seiten haben ihre Ansichten unterbreitet, sie liegen naturgegeben weit auseinander. Der Verhandlungsprozess kann aber auf einem schon einmal erzieltes Ergebnis aufbauen. Das sind besonders die Ergebnisse der Gespräche von Istanbul vom März/April 2022. Sicher wird auch der aktuelle Verlauf des Krieges und der Frontlinie mit in die Verhandlungen einbezogen. Verhandelt werden sicher auch zwei Grundprinzipien der UN-Charta: die Souveränität eines Staates und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Beides könnte in international abgesicherten Volksbefragungen bei gegenseitiger Zustimmung in Übereinstimmung gebracht werden. Dieser Krieg ist durch die NATO internationalisiert worden und auch das tiefe Misstrauen beider Seiten erfordert eine internationale Absicherung der Friedensvereinbarung: Garantiemächte, besonders auch aus dem Globalen Süden, werden sicher eine Rolle spielen. Wahrscheinlich werden UN-Blauhelmsoldaten neutraler und Staaten des Globalen Südens in der ersten Phase eine wichtige Rolle bei der

Demilitarisierung spielen müssen. Besonders wichtig scheint mir – und das ist sicher ein längerer Prozess und bedingt eine Absage der NATO-Länder an die Konfrontation mit Russland –, dass ein Prozess für die Entwicklung einer neuen Friedensarchitektur für Europa eröffnet wird, also so etwas wie ein KSZE-2-Prozess unter den neuen Rahmenbedingungen in Europa. Dieser Prozess muss unbedingt Abrüstungsschritte in dem völlig überrüsteten Europa beinhalten – damit würden auch finanzielle Ressourcen für die Lösung sozialer Herausforderungen und globaler

Probleme möglich. Notwendig ist des Weiteren ein Versöhnungsprozess, bei dem zivilgesellschaftliche Kräfte aktiv miteinbezogen werden, Feindbilder überwunden und demokratische Prozesse wieder ermöglicht werden.

**Quelle:** Nachdenkseiten am 12. Juli 2024 unter dem Titel Reiner Braun zum NATO-Gipfeltreffen: „Das alles ist Kriegsvorbereitung pur“; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=118015>

## **Appell zum Schutz für belarussische Kriegsdienstverweiger\*innen** *Das FFE hat die breit getragene Petition mitunterstützt (1. August 2024)*

*Die unterzeichnenden Organisationen sind zutiefst besorgt über die Drohung der litauischen Behörden, den belarussischen Kriegsdienstverweigerer Vitali Dvarashyn und den belarussischen Deserteur Mikita Sviryd nach Belarus abzuschicken. Dort droht ihnen Verfolgung, Inhaftierung – und im Falle von Desertion – die Todesstrafe. Wir fordern die litauischen Behörden zum sofortigen Handeln auf, um die Abschiebung betroffener Personen nach Belarus zu verhindern und ihnen Asyl in Litauen zu gewähren, wo sie seit Jahren Schutz suchen.*

Der **belarussische Kriegsdienstverweigerer** Vitali Dvarashyn wurde, wie andere belarussische Asylsuchende in Litauen, im Jahr 2023 nach sieben Jahren Aufenthaltsgenehmigung in Litauen zu einer „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ erklärt. In der Folge wurde er in einem Flüchtlingslager in Einzelhaft gehalten. Am 29. Mai 2024 wurde ihm Asyl mit der Begründung verweigert, dass er in Belarus nicht in Gefahr sei. Am 13. Juni 2024 entkam er seiner Verhaftung und der Gefahr einer sofortigen Abschiebung und tauchte aus Angst unter.

Dem **belarussischen Deserteur** Mikita Sviryd wurde am 20. November 2023 Asyl verweigert. Obwohl er wie Vitali Berufung eingelegt hat, wurde ihm nicht gestattet, seinen Fall in einer Anhörung vorzutragen. Das ist jedoch insbesondere wegen der Wiedereinführung der Todesstrafe in Belarus von großer Bedeutung. Er sucht daher verzweifelt nach Möglichkeiten, sein Leben zu schützen.

**Wir fordern die litauischen Behörden auf, die Abschiebung von Vitali Davarshyn und Mikita Sviryd sowie aller anderen Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweiger\*innen nach Belarus *dringend* zu verhindern und ihnen einen angemessenen Schutz in Litauen zu gewähren.**

**Wie die UN-Sonderberichterstatterin zur Lage der Menschenrechte in Belarus, Anais Marin, während der letzten Sitzung des UN-Menschenrechtsrates berichtet hat, ist die Menschenrechtssituation in Belarus alarmierend. Belarus ist kein sicheres Land für Kriegsdienstverweiger\*innen und Deserteur\*innen. Die UN-Sonderberichterstatterin hat zudem hervorgehoben, dass „die Regierung [von Belarus] weiterhin aktiv die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unterstützt“<sup>4</sup>.**

Wir sind beunruhigt, dass solche Informationen von den litauischen Behörden nicht berücksichtigt werden. Stattdessen halten sie an der Überzeugung fest, dass eine Rückkehr nach Belarus für abgelehnte Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweiger\*innen sicher ist. „Das ist nicht wahr“, erklärt Olga Karatch vom Internationalen Zentrum für Bürgerinitiativen Nash Dom, „Vitali Dvarashyn und Mikita Sviryd drohen Verfolgung und Gefängnis, wenn sie gewaltsam nach Belarus zurückkehren müssen. Für Deserteur\*innen wie Mikita ist sogar die Todesstrafe möglich. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden.“

Auch sind wir zutiefst besorgt darüber, dass die litauische Migrationsbehörde die Berichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte über die Menschenrechtssituation in Belarus nicht für relevant hält.<sup>5</sup>

Die strafrechtliche Verfolgung bei Kriegsdienstverweigerung<sup>6</sup>, die ständigen Verletzungen des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung und die Wiedereinführung der Todesstrafe für Deserteur\*innen sind deutliche Beweise dafür, dass Belarus kein sicheres Land für Kriegsdienstverweiger\*innen darstellt. **Die unterzeichnenden Organisationen fordern Litauen auf, die Abschiebung von belarussischen Deserteur\*innen und Kriegsdienst-**

**verweiger\*innen unverzüglich zu verhindern und ihnen angemessenen Schutz zu gewähren.**

**Wie in den UNHCR-Richtlinien zum internationalen Schutz hervorgehoben wird, haben Kriegsdienstverweiger\*innen einen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus, wenn sie in ihrem eigenen Land von Verfolgung bedroht sind.<sup>7</sup> Dies gilt in vollem Umfang für belarussische Kriegsdienstverweiger\*innen.**

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, das mit dem Menschenrecht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verbunden ist, so auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 10 – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Es sollte daran erinnert werden, dass in Belarus ein hohes Risiko der Rekrutierung und Mobilisierung zur Unterstützung des Angriffskrieges der

Russischen Föderation in der Ukraine besteht, was zusätzlich eine Verletzung des internationalen Rechts darstellt.

**Die unterzeichnenden Organisationen fordern Litauen und die anderen Mitglieder der Europäischen Union dringend auf, Kriegsdienstverweiger\*innen und Deserteur\*innen uneingeschränkt zu schützen, die aus Belarus fliehen, wo sie verfolgt werden und ihr Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt wird. Die europäischen Institutionen werden dazu aufgefordert, die vollständige Umsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in allen Mitgliedsstaaten sicherzustellen.**

**(Unterzeichnet von über 50 internationalen Friedensorganisationen)**

## Apropos Kriegsdienstverweigerung

Vor gut einem Jahr, im FFE-Rundbrief 2/2023, S. 7, druckten wir ein Grußwort des Ukrainers Yurii Sheliashenko zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai ab; <https://forum-friedensethik.de/publikationen/ffe-rundbrief-2-23/>. In diesem Jahr war es nötig, sich der internationalen Kampagne „Solidarity with Yurii Sheliashenko. Stop harassing pacifists! Free peace speech!“ anzuschließen, die erklärt hat: „Die unterzeichnenden Organisationen sind sehr besorgt über die anhaltende Schikanie von Friedensaktivist\*innen und Kriegsdienstverweiger\*innen in der Ukraine, insbesondere über die offensichtlich willkürliche Verfolgung von Yurii Sheliashenko, Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und EBCO-Vorstandsmitglied.“ Auch in dieser Erklärung war wieder der Aufruf enthalten, in ganz Europa das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung durchzusetzen und zu schützen.

Auf den Einsatz für Kriegsdienstverweigerer ist aber auch im eigenen Land zu achten. Die evangelischen Kirchen haben sich auf die Betreuung der Kriegsdienstverweigerer als Gegenstück der Militärseelsorge verpflichtet. Nach Aussetzung der Wehrpflicht sind die Strukturen der KDV-Beratung in der Badischen Landeskirche weitgehend verfallen. Das frühere, alle

Kirchenbezirke umfassende Beratungsnetz in der Badischen Landeskirche existiert nicht mehr und die koordinierende Stelle des Friedensbeauftragten im EOK läuft aus. Dem stehen heute aber politische Bestrebungen gegenüber, die neue Wehrdienstmodelle ins Spiel bringen, jedenfalls eine personelle Aufstockung der Bundeswehr beabsichtigen. Die ganze Spannungslage deutet darauf hin, dass Kriegsdienstverweigerung nach GG Art. 4 Abs. 3 wieder aktuell wird und die Fallzahlen steigen.

Der Leitungskreis hat am 11. Juli einen Austausch unter ehemaligen KDV-Beratern organisiert. Im Ergebnis wollen wir uns als FFE dafür einsetzen, dass, bei allem Sparzwang, die kirchliche KDV-Beratung reaktiviert wird. Denn: „Die Gewissen zu beraten, zu schärfen und für ihren Schutz einzutreten, gehört zu den elementaren friedensethischen Aufgaben der Kirche“, stellt die Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 unter Absatz (56) fest.

## Lob des Leserbriefes *Eine Glosse von Manfred Jeub (2. August 2024)*

Zu den Dingen, die für Frieden und Gerechtigkeit engagierte Menschen entmutigen können, gehört sicherlich unsere Presselandschaft. Wer beim Frühstück das abonnierte regionale Monopolblatt auseinanderfaltet, hat oft schon gefrühstückt. Wer des Morgens im Bad den Deutschlandfunk laufen hat und die Presseschau zu Ukraine und Gaza hört, möchte sich glatt wieder hinlegen. Die tendenziöse Uniformität zieht herunter und schafft Ohnmachtsgefühle. Es droht die berüchtigte Schweigespirale.

Was hilft dagegen? Wie lässt sich das wichtige Gefühl der Selbstwirksamkeit zurückerobert? Es käme darauf an, sich zu äußern, statt sich zu ärgern. Diese Chance bietet der Leserbrief. Dabei ist der überlegt formulierte und an eine Redaktion gesandte Leserbrief etwas anderes als der herausgeschleuderte Internetkommentar. Beim Leserbriefschreiben kann berechtigter Ärger über mitunter wirklich nur plumpe Meinungsmache transformiert werden in rationale Gegenargumentation. Denn darauf kommt es an: die Argumente der in unserem öffentlichen Raum unterschlagenen Positionen bekannt zu machen.

In meinem Umfeld befinden sich einige passionierte Leserbriefschreiber – und sie haben Erfolge zu verbuchen. Darum soll an dieser Stelle einmal regelrecht Reklame gemacht werden fürs Leserbriefschreiben. Sicherlich, es gibt keine Garantie aufs Erscheinen und auch keine auf reine Freude bei der Lektüre des Erschienenen. Wie hieß es doch: Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Das diszipliniert zu konzentriertem Formulieren. An Schwampf ist eh kein Mangel. Doch wie entschädigt es dann, wenn auf der Seite „FORUM“ gleich mehrere kritische Zuschriften zu lesen sind, die des Chefredakteurs beflissenen Kommentar so nicht stehen lassen wollen. Daher jetzt eine winzige Auswahl von Best-Practice-Beispielen.

Als der „neue McCarthyismus“ (Micha Brumlik) zwei Kunstpreisverleihungen hatte platzen lassen, kommentierte in der Süddeutschen Feuilletonist Felix Stephan, man müsse israelkritische Personen schon im Vorfeld herausfiltern, denn in Deutschland sei „die moralische Beurteilung israelischer Regierungspolitik“ fehl am Platze. Getitelt war der Kommentar „Schweigen ist Gold“. Es verdankt sich wahrscheinlich dem pointierten Titel, dass mein Leserbrief erschien, in dem ich ganz knapp das Grundproblem herausschäle:

Zu "[Schweigen ist Gold](#)", 2./3. Oktober:

### **Schweigen ist Schuld**

Aus dem Holocaust kann man im Land der Täter zwei verschiedene Lehren ziehen: unbedingter Einsatz für die universellen Menschenrechte oder unbedingter Einsatz für jüdische Menschen. Idealerweise fiele beides zusammen, wäre da nicht das Agieren des Staates Israel. Anders als der Autor komme ich zu dem Schluss, dass wir in Deutschland gerade als Konsequenz aus dem Holocaust bei den Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern nicht wegschauen und schweigen dürfen. Wo die Menschenwürde auf dem Spiel steht, ist damals wie heute Schweigen nie Gold, sondern Schuld.

*Manfred Jeub, Freiburg*

Hier konnte das FFE-Leitungskreis-Mitglied Johannes Maier einen längeren, persönlich gefärbten Leserbrief mit klarer Argumentation unterbringen. Er wurde von zwei anderen, ebenfalls kritischen Zuschriften flankiert. Ganz offensichtlich hatte der geschmeidige Hauptstadtkorrespondent Tobias Heimbach mit seinem Leitartikel so weit überzogen, dass keine ihn bestätigenden Leserbriefe vorlagen. Denn normalerweise wird „Ausgewogenheit“ hergestellt

30

BADISCHE ZEITUNG

FORUM

FREITAG, 25. AUGUST 2023

## KRIEG IN DER UKRAINE

**Welches Kriegsziel hat die Bundesrepublik Deutschland im Ukraine-Krieg?**

Zu: „Auch der Frieden hat seinen Preis“, Leitartikel von Tobias Heimbach (Kommentar & Analyse, 10. August)

Genau die von Herrn Heimbach vertretene Losung „Wer den Frieden möchte, der rüste zum Krieg“ und die entsprechende Politik hat die Ukraine und Europa in die Lage gebracht, in der wir jetzt sind: NATO-Osterweiterung (ab 1999 ohne

jegliche russische Bedrohung), 2010 Raketenabwehrsysteme der USA in Polen (damals hieß es fadenscheinig „gegen den Iran“), Errichtung von Militärstützpunkten auf dem Balkan, im Baltikum, offene Beihilfe des Westens beim Sturz von missliebigen Regierungen. Versäumt wurde eine Politik der Vertrauensbildung. Welches Kriegsziel hat die Bundesrepublik Deutschland im Ukrainekrieg? Als An-

hänger der Friedensbewegung, die von Herrn Heimbach als esoterisch, politisch überfordert, eigennützig, unbedeutend, antiamerikanisch und naiv abgestempelt wird, erlaube ich mir, die naive Frage zu stellen, die Singer-Songwriter Bob Dylan schon 1962 gestellt hat: „Wie viele Tote braucht es noch, bis ihr erkennt, dass zu viele Menschen gestorben sind“?

Wolfgang Rogge, Freiburg

**Die Risiken des Krieges sind einfach nicht kalkulierbar**

Es ist schon recht merkwürdig, wie Tobias Heimbach die Friedensbewegung in Deutschland analysiert. Folgt man seiner Sicht auf das schreckliche Geschehen im östlichen Europa, dann gilt als der einzig richtige Weg zum Frieden dort, dass wir Deutschen uns zum Krieg rüsten. „Man brauche die Armee nicht oft, aber wenn der Anlass da sei, brauche man eben die Armee“. Denn „unsere Verbündeten fürchten sich vor einem schwachen Deutschland, das ihnen gegen Russland nicht beistehen kann“, so Heimbach. Gekämpft werde in der Ukraine doch nur für den Frieden. Eine Friedensbewegung, die das nicht verstehe, werde ihrem Namen nicht gerecht. Für Herrn Heimbach ist der Preis für den Frieden also nicht nur in den

extrem gesteigerten Rüstungsausgaben samt Waffenlieferungen zu sehen. Er erweckt den Eindruck, dass der Westen, das heißt, die Nato, sich auch für einen Einsatz in diesem Krieg rüsten soll. Ich bin einst als Kriegsdienstverweigerer (Grundgesetz Artikel 4,3) anerkannt worden. Mein Einwand in aller Bescheidenheit gegen Herrn Heimbach ist: Auch Pazifisten sind sich der Begrenztheit jedes Horizontes, sogar ihres eigenen, bewusst. Dennoch bewerte ich es als Selbstüberschätzung, wenn im öffentlichen Diskurs – wer auch immer – verspricht, Kriege mit hinreichender Sicherheit steuern, begrenzen oder siegreich beenden zu können. Die Risiken des Krieges in einer Zeit, in der mit massenvernichtendem Nuk-

learwaffen-Einsatz gedroht wird, sind einfach nicht kalkulierbar. Einen Sieg der Ukraine mit Hilfe des Westens als Ziel auszugeben, koste es, was es wolle, ist aus meiner Sicht in keiner Hinsicht verantwortbar. Schon im vergangenen Jahr konnte man erfahren, dass infolge der Kriegswirren die Ukraine bereits ein Drittel ihres Sozialproduktes von vor dem Krieg eingebüßt hat, abgesehen von den Gefallenen und Verwundeten und den übrigen schrecklichen Folgen der Flucht der Bevölkerung ins In- und Ausland. Der Bundeskanzler sollte statt Taurus-Marschflugkörper zu liefern, diplomatisch alles in seiner Macht stehende tun, was zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen führt.

Johannes Maier, Waldkirch

**Wem nützen die vielen Toten, Verehrten und Entstellten eines Krieges?**

Der Autor ist also der Meinung, dass eine Armee wie ein Brautkleid ist. Und der Wunsch nach Frieden sei ein Synonym für den gerechten Kampf, also den Krieg in der Ukraine. Und der „militärisch-industrielle Komplex“ mit den von ihm finanzierten Think-Tanks in aller Welt ist quasi ein Missverständnis. Solche sinnlosen, zynischen Gedankenflüsse, die aus-

schließlich auf einer kriegsfreundlich-militärischen Denkweise beruhen, wabern bereits seit Februar 2022 durch einen Großteil der Medienschaffenden. Dabei ist alles so einfach: Wem nützt ein Krieg? Wem nützen die vielen Toten, Verehrten und Entstellten eines Krieges, die den Preis des Friedens im Sinne von Herrn Heimbach zahlen? Den Staatsgrenzen?

Der nationalen Idee? Den völkischen Vorstellungen? Dem einfachen Volk? Und wer trägt die Kosten? Wer zieht den Gewinn? Die Internationale der Superreichen, die Aktionäre der Rüstungsfirmen, die in Russland sogenannten Oligarchen (in der Ukraine gibt es natürlich keine, jedenfalls hört man nichts mehr über sie)?

Manfred Klimanski, Denzlingen

In dem einen Leserbrief repliziert Leitungskreismitglied Peter-Michael Kuhn auf einen Gastkommentar im Offenburger Tageblatt von NZZ-Feuilletonchef Benedict Neff, vormals Referent von Mathias Döpfner.

Im anderen platziert er wichtige Informationen zur Problematik der Streumunition, als diese von der Ukraine gefordert und von den USA geliefert wurde.

## Der Autor wird zum Zyniker

**Zum Artikel „Frieden ist zum Tabu geworden“ (Politik extra, 11. September):** Wer bei der Überschrift denkt, der Autor plädiere für einen Stopp der Waffenlieferungen und für Verhandlungen mit dem Ziel, dass die Waffen schweigen, irrt. Nein, die „Friedens-Apologeten“ seien einem maßgeblichen Irrtum erlegen, der Westen müsse „die Ukraine auf lange Zeit noch viel mehr aufmunitionieren“. Gleichzeitig schreibt der Autor: „An einem jahrelangen Gemetzel können nur Zyniker Interesse haben.“ Wird der Autor nicht selbst zum Zyniker? Zum Trotz formuliert er: „Und doch braucht die Ukraine mehr Waffen, denn Putin wird sich nicht ändern.“ Woher weiß er, dass sich Putin und die Umstände nicht ändern werden? Die Sprache des Autors ist verätherisch. Er spricht von einer Entwertung des Begriffs „Frieden“, gibt der Friedensbewegung die Schuld und stellt sich als Realist dar ganz im Sinne von Heiner Geißler: „Der Pazifismus hat Auschwitz erst möglich gemacht.“

Es sei ein kapitaler Fehler des Westens gewesen, am Anfang des Krieges zu deklarieren, man würde in der Ukraine keine Bodentruppen einsetzen. Ja um Himmelswillen, wollte der

„Realist“ Benedict Neff ernsthaft einen Krieg der Nato gegen die Atommacht Russland? Ein sogenannter Siegfrieden, bei dem der Westen Russland die Friedensbedingungen diktieren kann, ist Wunschdenken. Ein Regime-Wechsel, um Putin loszuwerden, ist gefährliche Träumerei. Russland ruinieren, wie Annalena Baerbock es formulierte, ist nicht erreichbar. Wir sehen es ja gerade: Putin ist, abgesehen vom Westen, weltweit nicht geächtet. Schon jetzt ist für Russland der Westen mit seinen Waffenlieferungen zur Kriegspartei geworden. Die Ukraine versucht verzweifelt, dass der Westen und die Nato die Grenze zur direkten Intervention überschreitet. Die Folge wäre eine direkte Konfrontation der beiden Atomkräfte USA und Russland, der Schritt in den Abgrund. Es bleibt nur der Weg von Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Bei gleichzeitigem „Aufmunitionieren“, wie es der Autor fordert, ist dieser Weg zum Scheitern verurteilt.

**PETER-MICHAEL KUHN**  
Offenburg

## Vasallentreue statt Völkerrecht

**Zu dem Artikel „Keine Kritik an den USA“ und dem Kommentar „Grausame Kriegslogik“ (Titel/Meinung, 8. Juli):** Die USA werden Streubomben an die Ukraine liefern, so haben wir in diesen Tagen erfahren. Die USA seien - anders als Deutschland - keine Unterzeichner des Vertrags zur Ächtung von Streumunition. Die Ukraine werde die Streubomben im eigenen Land zur Verteidigung einsetzen.

Schon bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar plädierte der ukrainische Regierungsvize Kubrakow dafür, die völkerrechtlich geächteten Streubomben einsetzen zu können. Ukraines Außenminister Kuleba sagte, es gebe keine rechtlichen Hindernisse, die die Ukraine davon abhielten, Streumunition zu verwenden. Die Ukraine sei keine Vertragspartei des Oslo-Übereinkommens, das Streumunition verbietet.

Ganz anders der frühere deutsche Diplomat und ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger: „Wir sollten uns noch nicht einmal in die Nähe von Waffen oder Waffentypen bringen lassen, bei denen die Frage auftaucht, ob das völkerrechtlich zulässig oder nicht zulässig ist“. Während Spanien

und Großbritannien die Lieferentscheidung der USA kritisieren, zeigt die Bundesregierung Verständnis.

Es ist doch erstaunlich, wie schnell moralische Maßstäbe und völkerrechtliche Verpflichtungen abgeräumt werden. Das lässt sich nur mit einer Vasallentreue gegenüber den USA erklären. Zudem missachtet die Bundesregierung ihre Verpflichtungen des Oslo-Abkommens zum Verbot von Streumunition.

Nicht explodierte Sprengkörper aus Streubomben, die die USA vor Jahrzehnten in Vietnam, Laos und Kambodscha und später im Irakkrieg eingesetzt hatten, fordern nach wie vor jährlich Hunderte Todes- und Verstümmelungsoffer. Humanitäre Hilfsorganisationen rechnen mit bis zu weiteren 50 Jahren bis zur vollständigen Räumung dieser Munition. Eine ähnliche, wenn nicht schlimmere Gefährdung droht nun der ukrainischen Zivilbevölkerung. Die Ukraine zerstört sich selbst.

**PETER-MICHAEL KUHN**  
Offenburg

Noch ein Beispiel, dass es mitunter auch recht umfangreiche Leserbriefe in die Zeitung schaffen. Bei diesem war die zentrale Aussage sogar mit einem Bild der einander die Hände schüttelnden Politikern Scholz und Herzog illustriert.

### Müsste eine Freundschaft nicht auch Kritik mit Ansage aushalten?

Zu: "Wie reagieren auf den Terror? Israels Dilemma", Leitartikel von Thomas Fricker (Politik, 14. Oktober 2023)

Herr Fricker spricht von einem Dilemma, in dem Israel steckt. Er sieht keine Chance mehr für eine Zweistaaten-Lösung, keine Perspektive für einen Aufstand der palästinensischen Bevölkerung gegen ihre Führung. Ich stelle allerdings die Frage, ob in den Jahren seit dem Scheitern des Oslo-Prozesses die westlichen Staaten, insbesondere die USA und Deutschland, genügend Anstrengungen für den Frieden in Israel-Palästina unternommen haben? Zwar haben sie bei jedem neuen Konfliktausbruch wiederholt, Israel müsse den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau im Westjordanland beenden und Ziel müsse eine Zwei-Staatenlösung sein. Man hat sich aber nicht eingestanden, dass die israelische Politik genau das nie wollte. Aus einem schlechten Gewissen heraus hat die deutsche Politik das nie konfrontiert. Wohl deshalb haben weder der deutsche Staat noch die Europäische Union Sanktionen angedroht oder umgesetzt, um Israel zu veranlassen, eine gerechte Lösung zu verhandeln. Hätte man nicht wegen Verletzung der Grundwerte der EU das Assoziierungsabkommen kündigen können? Es bringt Israel enorme Handelsvorteile.

Müsste eine Freundschaft nicht auch Kritik mit der Ansage von Konsequenzen aushalten können angesichts von Landraub und willkürlicher Siedlergewalt, die nicht sanktioniert werden? Damit wenigstens die Vision einer Lösung am Horizont aufscheint, möchte ich den jüdischen US-amerikanischen Philosophen Omri Boehm erwähnen, der in seinem Buch "Israel – eine Utopie" (2020) die Einstaaten-Lösung favorisiert. Eine Einstaaten-Lösung, ob föderal oder binational organisiert, hätte die Chance, mit einem Grundgesetz, das für alle Menschen im Land gleiche Menschenrechte, die Einhaltung des Völkerrechts und eine rechtsstaatliche Gewaltenteilung vorsähe, Frieden in Gerechtigkeit für alle zu schaffen. Gott sei Dank hat man sich nach 1945 für die BRD nicht für einen christlichen Staat entschieden. Vielmehr sorgt die Neutralität unseres Grundgesetzes gegenüber den Religionen dafür, dass alle ihren Glauben leben können. Die Grenze der Religionsfreiheit wären Verstöße gegen unsere Grundrechte. Was ein islamischer Staat für die Menschen bedeutet, haben wir in Afghanistan und im Irak erlebt. Ein jüdischer Staat, den die Zionisten für Israel und Palästina wollen, bringt Diskriminierung mit für Menschen, die nicht jüdisch sind, seien sie christlich, muslimisch oder ohne Religion. Sie werden zu Menschen zweiter Klasse. Wäre das noch ein demokratischer Staat?

Johannes Maier, Waldkirch

Es gibt zwar kein Anrecht auf den Abdruck eines Leserbriefes, aber ihn kommentarlos unter den Tisch fallen zu lassen, wirft kein gutes Licht auf die Zeitung. Das weiß auch die Redaktion. Das folgende Beispiel zeigt, wie man mit einer freundlichen Nachfrage doch noch zum Ziel kommt. Im Übrigen ist es ein Exempel dafür, dass ein Leserbrief nicht nur kritisch, sondern auch bestärkend an einen Artikel anknüpfen kann. Journalisten, die noch nicht stromlinienförmig sind, haben Unterstützung verdient.

**Von:** Peter-Michael Kuhn <[pm.kuhn@kabelbw.de](mailto:pm.kuhn@kabelbw.de)>

**Gesendet:** Mittwoch, 31. Juli 2024 10:29

**An:** Redaktion.Leserbriefe <[forum@badische-zeitung.de](mailto:forum@badische-zeitung.de)>

**Betreff:** mein Leserbrief zum Gutachten des IGH zur israelischen Besatzung vom 22.07.2024

Liebe Leserbriefredaktion der Badische Zeitung

In meiner E-Mail vom 22.07.2024 hatte ich Sie darum gebeten, meinen **Leserbrief zum Gutachten des IGH zur israelischen Besatzung** zu veröffentlichen. Ich nahm darin Bezug auf den Kommentar „Eine klärende Ermahnung“ von Christian Rath, Badische Zeitung vom 20.07.2024

Seitdem ist dieses Thema auf der Seite der Leserbriefe nicht thematisiert worden. Es bleibt immer noch aktuell, droht aber von neueren Ereignissen im Konflikt Israel/Palästina überlagert zu werden.



Ich bitte Sie, wenn auch verspätet, um eine Veröffentlichung und wäre Ihnen für eine Rückmeldung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Peter-Michael Kuhn

**Von:** Redaktion.Leserbriefe [<mailto:forum@badische-zeitung.de>]

**Gesendet:** Mittwoch, 31. Juli 2024 10:49

**An:** 'Peter-Michael Kuhn' <[pm.kuhn@kabelbw.de](mailto:pm.kuhn@kabelbw.de)>

**Betreff:** AW: mein Leserbrief zum Gutachten des IGH zur israelischen Besetzung vom 22.07.2024

Sehr geehrter Herr Kuhn,

der Abdruck Ihrer Zuschrift ist für die nächste Forum-Seite am kommenden Samstag geplant.

Mit freundlichen Grüßen

**Hendrickje Jacob**

Team Forum

Badische Zeitung

## ***Deutschland muss Taten folgen lassen***

**Zu: „Eine klärende Ermahnung“, Beitrag von  
Christian Rath (Politik, 20. Juli)**

Christian Rath vielen Dank für seinen informierenden Kommentar zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zur israelischen Besetzung. In der Tat: „Schlimmer hätte es für Israel nicht kommen können“ und „Auch Deutschland bekommt nun ein Problem.“

Zunächst aber die gute Nachricht für alle, die sich für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einsetzen. Israel verstoße gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und mache seine Anwesenheit in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig, so der Präsident des IGH Nawaf Salam. Man darf nun auch, ja man muss nun die Dinge beim Namen nennen: Was Israel seit 1967 betreibt, sind ethnische Säuberungen, Annexionen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Und nicht nur dies: Durch seine Siedlungspolitik praktiziert Israel das Verbrechen der Apartheid. In der besetzten Westbank und im annektierten Ostjerusalem leben Palästinenser und Juden mit unterschiedlichen Rechten. Wen wundert es da, dass Benjamin Netanjahu das Gutachten des

IGH sogleich als irrelevante Entscheidung eines unzuständigen Gerichts zurückwies. Netanjahu kümmern Gutachten des IGH und Urteile des internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) nicht, weil Israel unter dem Schutz der USA steht, egal was es tut. Deshalb sieht Christian Rath in seinem Kommentar auch keine Wende im Nahost-Konflikt. Israel habe im aktuellen Gaza-Krieg verbindliche Anordnungen des IGH genauso ignoriert.

„Auch Deutschland bekommt nun ein Problem“, schreibt Christian Rath zu Recht. Deutschland hatte sich bisher weltweit für eine regelbasierte Politik auf Grundlage des Völkerrechts eingesetzt. Andererseits hat sich Deutschland im UN-Sicherheitsrat, in der UN-Vollversammlung und in der EU immer verteidigend auf die Seite Israels gestellt im Wissen um das Unrecht Israels. Diese Haltung kann Deutschland nun nicht mehr einnehmen, wenn es nicht ganz an Glaubwürdigkeit verlieren will. Deutschland muss deutlich machen, wo es steht und wohlfeilen Worten Taten folgen lassen.

**Peter-Michael Kuhn, Offenburg**

**Badische Zeitung**

Freitag, 2. August 2024

Im letzten Beispiel, einmal aus der Lokalberichterstattung, ist etwas gutgegangen, das man eigentlich besser vermeiden sollte: dezidiert Kritik an der Zeitung und ihrer Berichterstattung zu üben. Sie sitzt nun mal am längeren Hebel.

### Gelehrt klingender Quatsch

Mo, 05. Oktober 2020 - Leserbriefe Freiburg

Zu: "Wo die Synagoge stand", BZ vom 25. September

Wird Volker Beck langsam zum freien Mitarbeiter der BZ? Am 21. August durfte er in Herrn Röderers Artikel "Jüdische Gemeinde kritisiert Palästina-Demo auf dem Platz der Alten Synagoge" verbreiten, es sei die "Artikulation von sekundärem Antisemitismus" zu befürchten, wenn junge Palästinenser der Gazakriegstoten auf dem Platz der Alten Synagoge gedenken. Unter "sekundärem Antisemitismus" versteht man eine negative Haltung Juden gegenüber, die ihr Motiv in der Schuldabwehr für den Holocaust hat. Das gibt es bei Deutschen, aber in Bezug auf Palästinenser macht es keinen Sinn. Gelehrt klingender Quatsch.

Einen Monat später kommt im Artikel "Wo die Synagoge stand" von Frau Bochtler wieder Volker Beck zu Wort, diesmal mit Platzverbotsforderungen und der Behauptung, auf jener Veranstaltung habe "Hetze gegen Israel" stattgefunden. Seine Behauptung ist nachweislich unwahr, wie Augenzeugen, unter ihnen Herr Röderer, die anwesende Polizei und eine Video-Dokumentation bezeugen können.

Die BZ täte gut, sich von diesem "freien Mitarbeiter" und seinen Fake News zu trennen.

Manfred Jeub, Freiburg

## Das deutsche Aufrüstungsprogramm von Lühr Henken (18. Juni 2024)

### Vortrag am 18.6.24 im Rahmen des Webinars „Militarisierung gegen Soziales – Wer bezahlt die Militarisierung Deutschlands?“ der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“

Mit ihrem Gipfelbeschluss von Wales 2014 setzte die NATO einen Aufrüstungskurs in Gang, mit dem Ziel, dass 2024, also jetzt, alle europäischen NATO-Mitglieder sowie Kanada möglichst zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ihr Militär ausgeben sollten. Das waren damals nach NATO-Kriterien, und nur die zählen, in Deutschland 1,19 Prozent des BIP, knapp 35 Milliarden Euro (34,75 Mrd. Euro) und 2021, noch vor dem Ukrainekrieg, gut 52 Milliarden (52,43 Mrd. Euro bedeutet 1,46 Prozent des BIP). Schon damals eine massive Erhöhung. Seit der Zeitenwende-Rede von Scholz am 27.2.22 aber ist aus Aufrüstung Hochrüstung geworden. Er sagte damals wörtlich: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“<sup>3</sup> Das hätte damals plötzlich 25 Milliarden mehr aus dem Haushalt bedeutet. Das war nicht drin. Also machte man 100 Milliarden Schulden. Dies war wegen der im Grundgesetz verankerten

<sup>3</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353; <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf>

Schuldenbremse nicht durch eine schlichte Kreditaufnahme möglich, sondern durch die Schaffung eines Nebenhaushalts in Form eines sogenannten Sondervermögens Bundeswehr. Die wiederum dafür notwendige Zweidrittel-Mehrheit für die Änderung des Grundgesetzes ermöglichte die CDU/CSU.

Gelder aus dem Topf stehen maximal bis Ende 2030 zur Verfügung. Von den 100 Milliarden gehen 13 Milliarden für Zinsen drauf.<sup>4</sup> Somit schrumpft der Betrag für Waffen und Ausrüstung auf 87 Milliarden Euro. Die Rückzahlung aus dem Bundeshaushalt beginnt 2031, läuft 31 Jahre lang und kostet ca. 3 Milliarden im Jahr.

Zur Begründung für die Hochrüstung führte der Bundeskanzler in seiner Rede aus: „Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine. Wir müssen uns deshalb fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Europäische Sicherheit & Technik (ESuT), ESuT.de, 31.1.2023; <https://esut.de/2023/01/meldungen/39784/bundeswehr-sondervermoeagen>

<sup>5</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1352

Das ist das herrschende Narrativ. Sein Kerngedanke: Weil Russlands Angriff auf die Ukraine Bestandteil eines imperialistischen Krieges Putins zur Neuordnung Europas ist, sind wir bedroht. Deshalb unsere Antwort: Aufrüstung. Aufrüstung der Ukraine und Aufrüstung der Bundeswehr.

Entsprechend wurden im November 2023 neue Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) erlassen. Folgendes Zitat daraus demonstriert die Richtung deutlich: „Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit und die brutale Realität des Krieges in der Ukraine verdeutlichen, dass wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor.“<sup>6</sup> Deshalb gelte künftig „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“<sup>7</sup>. Das klingt nicht nur aggressiv, es ist aggressiv. Allein schon deshalb, weil eine deutsche Brigade – dass sind 5.000 Soldat:innen – ab 2027 mit Kampf- und Schützenpanzern, unter Bruch der NATO-Russland-Akte von 1997, dauerhaft in Litauen stationiert werden soll. Die Kosten für Deutschland werden einmalig auf 5 bis 7 Milliarden, der Unterhalt jährlich auf eine Milliarde Euro geschätzt.<sup>8</sup>

Verteidigungsminister Pistorius machte sich eine unbewiesene Behauptung von Christian Mölling, dem stellv. Direktor des Forschungsinstituts des Thinktanks DGAP zu eigen, der seit November behauptet,<sup>9</sup> Russland würde unmittelbar nach Ende des Ukrainekrieges in eine Rekonstitution seiner Streitkräfte gehen, die so immens wäre, dass Deutschland nur noch ein Gelegenheitsfenster von 6 bis 10 Jahren bliebe, um durch seine massive und beschleunigte Aufrüstung Russland von einem Angriff auf beispielsweise das Baltikum durch Abschreckung abzuhalten. Obwohl es keinen Beleg für dieses angebliche Vorhaben gibt, macht Pistorius daraus: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.“<sup>10</sup>

Was uns in der Debatte darüber, dass wir uns gegen ein angeblich blutrünstiges Russland verteidigen müssen, immer vorenthalten wird, ist eine Beschreibung russischer militärischer Stärke und die der westlichen Seite. Man muss bisher den Eindruck gewinnen, dass

Russland dem Westen haushoch überlegen ist und der Westen sich sehr beeilen müsse, sein angebliches Defizit so schnell wie möglich auszugleichen. Ist dem so?

Um sich militärisch durchsetzen zu können, gilt die Faustregel, wonach der Angreifer eine dreifache Überlegenheit im Feld und in urbaner Umgebung das Fünf- bis Achtfache dessen aufbieten muss, was der Verteidiger hat. Betrachten wir das Kräfteverhältnis der Hauptwaffensysteme Russlands mit der NATO:

Der Spiegel brachte im Februar eine Gegenüberstellung. Er berief sich auf aktuelle Daten des renommierten Jahrbuchs *The Military Balance*, das vom NATO-nahen International Institute for Strategic Studies (IISS) herausgebracht wird.<sup>11</sup> Jetzt folgen Zahlen. Demnach stehen 3,2 Millionen Soldaten der NATO-Staaten 1,1 Millionen Soldaten Russlands gegenüber. Die NATO verfügt über 6.030 Kampfflugzeuge, Russland hat 1.377. Die NATO zählt 8.901 Kampfpanzer, Russland 2.000. Bei der Artillerie ist das Verhältnis 21.879 zu 5.485 zu Gunsten der NATO, bei U-Booten 143 zu 50 und bei großen Kriegsschiffen 274 zu 33 zu Gunsten der NATO. Das heißt, die NATO-Überlegenheit beträgt bei Soldaten das Dreifache, bei schweren Waffen des Heeres und der Luftwaffe mindestens das Vierfache Russlands, bei der Marine das Drei- bzw. das Achtfache. Diese Zahlen demonstrieren eine strategische NATO-Überlegenheit im konventionellen Bereich, komplett das Gegenteil dessen, was uns tagtäglich suggeriert wird. In Wirklichkeit muss sich nicht die NATO vor russischer Überlegenheit wappnen, sondern im Gegenteil, Russland muss sich von der NATO bedroht fühlen. Und das ist nicht erst seit Beginn des Ukrainekrieges so, sondern schon seit Jahrzehnten ist das so. Russlands Präsident hat im Januar 2023 ein Aufrüstungsprogramm erlassen. Demnach soll bis 2026 die Soldatenzahl von jetzt 1,1 auf 1,5 Millionen wachsen. Nehmen wir an, die Zahl der russischen Waffensysteme würde dem entsprechend auch anwachsen. Welche Auswirkungen hätte das auf das Kräfteverhältnis NATO – Russland? Selbst dann, wenn die NATO-Staaten überhaupt keine neuen Waffen kaufen würden, was sie bekanntlich ganz und gar nicht vorhaben, hätten sie noch das dreifache Potenzial bei Heer und Luftwaffe und das zwei-

<sup>6</sup> Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien 2023, 9.11.23, 34 Seiten, S. 27; <https://esut.de/wp-content/uploads/2023/11/Verteidigungspolitische-Richtlinien.pdf>

<sup>7</sup> ebenda

<sup>8</sup> Süddeutsche Zeitung 24.4.2024; <https://www.sueddeutsche.de/politik/litauen-brigade-pistorius-milliarden-1.6572191>

<sup>9</sup> Dr. Christian Mölling, Torben Schütz, „Den nächsten Krieg verhindern - Deutschland und die NATO stehen im Wettlauf mit der Zeit“, DGAP Policy Brief Nr. 32, November 2023, 11 Seiten; [https://dgap.org/system/files/article\\_pdfs/DGAP%20Policy%20Brief%20Nr-32\\_November-2023\\_11S\\_2.pdf](https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP%20Policy%20Brief%20Nr-32_November-2023_11S_2.pdf)

<sup>10</sup> Der Spiegel, 9.6.2024, S. 279

<sup>11</sup> Der Spiegel, 17.2.2024, S. 14

bzw. sechsfache bei der Marine. Im Wesentlichen würde sich an den Kräfteverhältnissen nichts ändern.

Das bedeutet: Die Notwendigkeit deutscher Aufrüstung und die der NATO-Staaten sind überflüssig und von daher herausgeschmissenes Steuergeld! Ja, es gibt sogar Potenzial für einseitige westliche Abrüstung.

Das interessiert die NATO aber nicht. Sie hat 2022 in Madrid ein umfassendes New Force Model beschlossen, wonach bis zum nächsten Jahr ihre schnelle Eingreiftruppe von damals 40.000 auf 100.000 Soldaten erweitert werden soll, 300.000 sollen 2027 combat ready sein. Letzte Woche verkündete NATO-Generalsekretär Stoltenberg bereits vorzeitigen Vollzug. Die zweite Stufe mit 300.000 Soldaten sei bereits mit der gemeldeten Zahl von 500.000 Soldaten, die binnen 10 bis 30 Tagen kampfbereit sein sollen, übererfüllt worden.<sup>12</sup>

Die Bundeswehr rüstet entsprechend diesem NATO-Plan auf. 2025 und 2027 sollen jeweils eine Panzerdivision und 2029 die Division Schnelle Kräfte kaltstartfähig aufgestellt sein, wie es im Bundeswehrjargon heißt. Das heißt, die Truppe soll dann jeweils aus dem Stand heraus hundertprozentig ausgerüstet losziehen können. Um hundertprozentig ausgerüstet losziehen zu können, bedarf es einer Ausrüstung von 130 Prozent, denn erfahrungsgemäß sind etwa 30 Prozent des Materials in Reparatur oder werden gerade im Kampfwert gesteigert. Im Heer wirkt sich das so aus: Weil man die Zahl der Brigaden von sechs auf 10 steigert und den Ausrüstungsstand von 70 auf 130 Prozent anheben will, verdreifacht sich so die Kampfkraft des deutschen Heeres.

Noch mehr aktive Soldaten müssen her. Zurzeit sind es gut 185.000. Durch Einführung einer Auswahlwehrrpflicht soll es jährlich statt 15.000 20.000 Grundwehrdienstleistende geben. Das kostet jährlich etwa

1,4 Milliarden Euro. Aber das soll erst der Anfang sein. Perspektivisch soll die deutsche Armee auf 270.000 Soldaten wachsen, also auf fast 50 Prozent mehr wie heute. Bedeutsamer jedoch ist der geplante Aufwuchs der aktiven Reservisten. Von derzeit 43.000 auf 260.000 Personen.<sup>13</sup> Das führt zu einer Truppe von zusammen 530.000 aktiven Soldat:innen und bricht den Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der die Streitkräfteobergrenze des großen Deutschlands auf 370.000 Soldaten völkerrechtlich bindend festlegt.<sup>14</sup>

Kommen wir nun zum deutschen Aufrüstungsprogramm, das umfassend Heer, Marine und Luftwaffe und den Aufbau einer vierten Teilstreitkraft für den Cyberkrieg betrifft.

Ein wichtiger Posten für die drei erstgenannten Teilstreitkräfte ist der Kauf neuer Munition für 20 Milliarden Euro. 12 bis 14 Milliarden davon kauft Rheinmetall, verteilt über 10 Jahre und abgesichert mit Rahmenvertrag.<sup>15</sup> Die 100 Milliarden Sonderschulden sind fast zu 100 Prozent verplant. Aus dem ihm angehängten „Wirtschaftsplan“<sup>16</sup> geht hervor, welche Milliardenbeträge auf welche Teilstreitkräfte verteilt werden sollen.

Das Heer als größte Teilstreitkraft erhält aus den Sonderschulden 50 neue PUMA-Schützenpanzer und 123 neue BOXER-Radpanzer mit der PUMA-Kanone, die bis 2030 von Rheinmetall in Australien für die Bundeswehr gefertigt werden.<sup>17</sup> Über einen längeren Zeitraum verteilt soll das Heer zudem 123 LEOPARD 2 A8, das neueste Kampfpanzermodell, erhalten.<sup>18</sup> In diesem Jahr sollen noch 900 Transportpanzer bestellt werden. Im Dezember hat der Bundestag 500 Luftabwehrraketen des Typs Patriot bestellt, im März kamen

<sup>12</sup> FAZ 15.6.2024, Wichtige Fähigkeiten fehlen noch. „Wir haben heute 500.000 Soldaten in hoher Bereitschaft über alle Domänen (der Kriegsführung)“, sagte Stoltenberg, „deutlich mehr als das Ziel, das beim Gipfeltreffen in Madrid 2022 gesetzt wurde“. Das waren 300.000 Soldaten. Davon müssen 100.000 Soldaten in bis zu zehn Tagen abmarschbereit sein, weitere 200.000 in zehn bis dreißig Tagen...“

<sup>13</sup> FAZ 13.6.2024, Kriegstüchtig per Fragebogen

<sup>14</sup> a.a.O. „Die FDP warb in einem zunächst internen Papier für einen umfassenden Ausbau der Reserve und deren Ausrüstung. ‚Die beorderten Reservisten müssen die gleiche persönliche Ausstattung erhalten wie aktive Soldaten. Zudem sind die Ergänzungstruppenteile und solche der Territorialen Reserve künftig vergleichbar mit den aktiven Einheiten voll und möglichst mit denselben Geräten und Materialien auszustatten.‘ Allein die Verwirklichung dieses FDP-Vorschlags dürfte mehr als 100 Milliarden Euro kosten.“

<sup>15</sup> FAZ 15.3.2024, Rheinmetall auf Rekordjagd

<sup>16</sup> Sondervermögen Bundeswehr, 5 Seiten; [https://www.hardthoehenkurier.de/images/Wirtschaftsplan\\_SondervermoProzentCCProzent88gen.pdf](https://www.hardthoehenkurier.de/images/Wirtschaftsplan_SondervermoProzentCCProzent88gen.pdf)

<sup>17</sup> Das Heereskommando beabsichtigt, mit diesen BOXERN eine der drei Divisionen, die der sogenannten Mittleren Kräfte, auszustatten. Später sollen 148 „zukünftige Radschützenpanzer“ als Marder-Nachfolger hinzu kommen. Es „bräuhete weitere Neuanschaffungen, um die ganze Truppe agil zu machen, etwa Radhaubitzen, radbewegliche Pionierfähigkeiten und radbasierte Mörsersysteme. Insgesamt kalkuliert das Heer intern mit 1.600 Fahrzeugen, die angeschafft werden müssten, darunter allein 630 Ersatzfahrzeuge für die Jahrzehnte alten Transportpanzer Fuchs.“ FAZ 17.5.2023, Rad statt Kette, Businessinsider.de 11.5.2023

<sup>18</sup> Von Bedeutung ist auch die geplante Reichweitensteigerung der Mehrfachraketenwerfer MARS von zurzeit 84 km auf über 300 km. Björn Müller, Die erste Schlacht gewinnen, 8.4.2024; <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/long-range-fire/>

vier Patriot-Systeme<sup>19</sup> dazu und Pistorius will in diesem Jahr noch vier weitere Patriots beschaffen.<sup>20</sup> Das summiert sich zusammen auf fast 18 Milliarden Euro.

Aber das sind kleine Fische gegenüber dem Kampfpanzer-Projekt Main Ground Battle System (MGCS). Dieses Vorhaben beruht auf einer geradezu epochalen Regierungsvereinbarung von Merkel und Macron im Jahr 2017.

Die neue Kampfpanzer-Generation MGCS soll die Leopard 2 der Bundeswehr sowie die Leclerc-Panzer in der französischen Armee ablösen und Mitte der 40er Jahre ausgeliefert werden. Ziel ist es, „ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen.“<sup>21</sup> Das MGCS soll eine „rollende Gefechtszentrale für weitere autonom gesteuerte Fahrzeuge sein.“<sup>22</sup> Von „Drohnenbegleitung“ ist die Rede.<sup>23</sup> MGCS soll so zu einem militärischen Game-Changer werden.<sup>24</sup> Das heißt so viel wie: Mit MGCS soll jede Panzerschlacht gewonnen werden. Es ist ein deutsch-französisches Projekt, aus dem die USA und ihre Firmen herausgehalten werden. An weltweite Umsätze von rund 100 Mrd. Euro wird gedacht.<sup>25</sup>

Deutschland hat beim MGCS-Projekt die Führung inne. Der Bau von MGCS hat für Kanzler Scholz „oberste Priorität“.<sup>26</sup>

Die Marine soll 19 Milliarden aus den Sonderschulden erhalten. Schon jetzt ist die deutsche Marine die größte aller NATO-Anrainer der Ostsee. Die dortige NATO-Überlegenheit gegenüber der russischen Marine ist

gigantisch. Bei hochseegängigen Kriegsschiffen und U-Booten in der Ostsee zählen wir 49 Einheiten der NATO-Anrainer, bei Russland nur 9,26. Bei allen anderen Militärschiffen in der Ostsee beträgt das Kräfteverhältnis aktuell insgesamt 7,5 zu 1 zu Gunsten der NATO.

Nichtsdestotrotz: Deutschland plant eine gewaltige Aufrüstung zur See. Eine Auswertung der aktuellen Planung „Marine 2035 +“ ergibt eine Steigerung der Zahl der Überwasserkampfschiffe auf das Dreifache: von 14 auf 42<sup>27</sup> und die der U-Boote auf das Zweieinhalbfache von sechs auf bis zu 15. Die einzelnen Kriegsschiffe werden immer größer, teurer, kampfstärker und können zunehmend von See aus Land beschießen. Bisher konnte nur von Korvetten aus 200 km weit Land beschossen werden, das sollen zukünftig auch die größeren Fregatten können. Der Einsatzradius der Schiffe erweitert sich über Europa hinaus in den Indischen und den Pazifischen Ozean. Dabei stets den Blick auf China gerichtet.<sup>28</sup>

Der größte Brocken aus den Sonderschulden soll an die Luftwaffe gehen. Die FAZ schreibt der Luftwaffe 41 Milliarden zu. Knapp 8 Milliarden davon fließen in 60 schwere Transporthubschrauber.<sup>29</sup> Bisher 5 Milliarden sind für das neue Luftverteidigungssystem ESSI vorgesehen.<sup>30</sup>

Alles in allem soll bis Ende des Jahrzehnts etwa die Hälfte der Luftwaffe erneuert werden. Das bedeutet, 118 Eurofighter<sup>31</sup> und Tornados sollen durch 128 neue Kampfflugzeuge „ersetzt“ werden.<sup>32</sup> Scholz – und das

<sup>19</sup> 21.3.2024; <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundestag-ge-nuehmigt-kauf-von-patriot-systemen-und-sprechsuetzen-5761098>

<sup>20</sup> FAZ 31.5.2024, Sechstageswochen, um schnell wieder zurück in den Krieg zu können

<sup>21</sup> Björn Müller, Streitkräfte und Strategien, NDR Info, 2.11.2019

<sup>22</sup> FAZ 12.7.23, Berlin und Paris treiben Entwicklung eines Kampfpanzers voran.

<sup>23</sup> So Rheinmetall-Chef Papperger in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 20.8.2023

<sup>24</sup> Björn Müller, Die Hürden für Europas gemeinsamen Kampfpanzer, 31.10.2019; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html>

<sup>25</sup> Ebenda

<sup>26</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353

<sup>27</sup> International Institute for Strategic Studies (IISS), London, The Military Balance 2024, 17 NATO-U-Booten der direkten Ostsee-Anrainer stehen dort einem russischen U-Boot gegenüber. Die NATO verfügt hier über 32 Zerstörer und Fregatten. Russlands Baltische Flotte hat davon 8. Bei Küstenpatrouillenbooten ist das Verhältnis 220 zu 35, bei Minenschiffen 69 zu 12,

bei Logistik-Schiffen 93 zu 0, bei Amphibien- und Landungsschiffen 66 zu 13 jeweils zu Gunsten der NATO-Flotten. (448:60) Berechnungen des Autors.

<sup>28</sup> FAZ 29.3.2023, „Wir vertrauen drauf, dass die zwei Prozent kommen“, ESuT April 2023, Neues Zielbild für die Zeit ab 2035 gibt Einblick in die zukünftige Flottenstruktur, S. 33 bis 36. Ein Überblick über die deutsche Marinerüstung findet sich hier: Lühr Henken, Volle Kraft voraus auf fremde Küsten, September 2021, 5 Seiten; <https://www.imi-online.de/download/LH-Marineruestung.pdf>

<sup>29</sup> NZZ 16.1.2023, Warum Deutschlands Armee nicht einsatzfähig ist. Der NATO hat die Bundeswehr bis Ende 2031 zugesagt, „mindestens 15 Kriegsschiffe, also Fregatten, Korvetten und U-Boote gleichzeitig zum Kampf über und unter Wasser bereitzustellen.“

<sup>30</sup> Mindestens 7,8 Mrd. IMI 29.6.2023, Sondervermögen: Verspätete Hubschrauber. Chinook von Boeing. Sie fliegen non-stop 1.000 km weit und sollen zwischen 2027 und 2033 ausgeliefert werden.

<sup>31</sup> Sven Arnold/Torben Arnold, Deutschlands schwache Führungsrolle bei der europäischen Luftverteidigung, SWP-Aktuell, Nr. Januar 2023. 8 Seiten, Seite 832

<sup>32</sup> 118 Flugzeuge = 85 Tornados + 33 alte Eurofighter der Tranche 1. Die Lebenswegkosten, also die Gesamtkosten für Anschaffung, Betrieb, Ersatzteile, Modernisierung etc., über 40 Jahre

ist ganz neu – will zusätzlich noch 20 Eurofighter für 4 Milliarden Euro bestellen.<sup>33</sup>

Altersschwache Tornados dienen derzeit noch im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe der NATO dazu, in Büchel gelagerte US-Atombomben in Richtung Russland tragen zu können. Als Tornado-Ersatz wurde grünes Licht für<sup>34</sup> 35 Tarnkappenbomber des Typs F-35 gegeben, die 2027 bis 2031 ausgeliefert werden und 2029 die erste Einsatzfähigkeit erreichen sollen.<sup>35</sup> Mit 11 Milliarden ist das bisher der größte Einzelposten der Luftwaffe.<sup>36</sup> Wenig beachtet wurde bisher, dass die Bundesregierung 2022 für die F-35 auch 75 Marschflugkörper<sup>37</sup> mit einer Reichweite von 1.000 km in den USA bestellt hat. Sie können – von NATO-Gebiet aus abgesetzt – Moskau erreichen. Erwogen wird, weitere acht F-35 zu kaufen.<sup>38</sup>

Die in Büchel gelagerten atomaren 15 US-Freifallbomben<sup>39</sup> sollen schon ab diesem Jahr durch wesentlich präziser steuerbare Nachfolgemodelle des Typs B61-12 ersetzt werden. Zudem – und das ist von ganz besonderer Bedeutung – können sie, im Gegensatz zu den derzeitigen Modellen, „mehrere Meter in das Erdreich eindringen und somit [...] gezielt gegen tiefliegende Bunker eingesetzt werden.“<sup>40</sup> 15 Eurofighter werden als Begleitflugzeuge für die US-Atombomber zur Unterdrückung der russischen Flugabwehr angeschafft. Sie werden ab 2029 erwartet.

Die Fähigkeit, weit im Hinterland Russlands angreifen zu können, wird als Deep-Strike-Fähigkeit bezeichnet und leitet sich aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung her. Dort heißt es, dass die Bundesregierung die Entwicklung und Einführung von

sogenannten abstandsfähigen Präzisionswaffen fördern wolle.<sup>41</sup> In dem Zusammenhang wird die Aussage des stellvertretenden Luftwaffeninspektors Lutz Kohlhaus von Anfang des Jahres bedeutsam. Die NATO sei nicht in der Lage, in einem potenziellen Krieg ihren Luftraum umfassend zu schützen, sagte er. „Die Allianz müsse sich deshalb in die Lage versetzen, das Luftkriegspotenzial eines Gegners schon auf dessen Territorium zerschlagen zu können.“<sup>42</sup> Scholz und Macron vereinbarten Ende Mai die gemeinsame Entwicklung von Lenkraketen mit Reichweiten über 500 km. Mit Großbritannien verfolgt Scholz eine ähnliche Kooperation.<sup>43</sup>

Zu den TAURUS-Marschflugkörpern: Von den 600 TAURUS sind lediglich 300 zurzeit einsatzbereit. Die anderen sollen auch einsatzbereit gemacht werden und alle zusammen auch noch modernisiert werden. Die Aufträge sind noch nicht erteilt worden. Darüber hinaus hat nach Aussagen des neuen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Marcus Faber (FDP) vom Februar Deutschland der NATO gegenüber zugesagt, „mehr als 1.000 TAURUS-Marschflugkörper vorzuhalten.“<sup>44</sup> Zur Reichweite der TAURUS, die bisher immer mit 500 km angegeben wird, gibt es Neues. Die FAZ zitiert den „Rüstungsfachmann Fabian Hoffmann von der Universität Oslo. Für den Taurus schätzt er die Reichweite [...] auf 700 bis 800 Kilometer.“<sup>45</sup>

Die in der Entwicklung befindlichen Eurodrohnen, von denen die Bundeswehr ab 2030 21 Stück in Jagel stationieren will, werden sich von 3,5 auf 4,8 Milliarden Euro verteuern.<sup>46</sup> Die Eurodrohnen sind sowohl Spionage- als auch Kampfdrohnen und werden in Bundeswehrkreisen als „europäische Superdrohne“

---

werden zusammen geschätzt 100 Mrd. Euro betragen. 4.11.2020; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/grossauftrag-die-bundeswehr-bekommt-38-neue-eurofighter/26590350.html?ticket=ST-6272823-EIQ53HOHP3c03oCbsGhE-ap1>. Zu ihnen zählen 38 Eurofighter, die noch unter Merkel Ende 2020 bestellt wurden und bis 2030 ausgeliefert werden. Diese Tranche 4 kostet 5,6 Mrd. Euro.

<sup>33</sup> FAZ 14.10.2023, „Wir brauchen den Eurofighter“. Airbus drängt auf Bestellung 40 weiterer Eurofighter. Diese Tranche 5 wird wohl rund 6 Mrd. Euro kosten.

<sup>34</sup> 10.6.2024; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bundeswehr-modernisierung-neue-satelliten-fuer-2-1-milliarden-euro-geplant-19777742.html>

<sup>35</sup> ESuT 12/23, S. 58

<sup>36</sup> Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 10.3.2024, Unser teurer Fliegerhorst

<sup>37</sup> Defense Security Cooperation Agency (DSCA), Washington DC, Press Release, 28.7.2022; <https://www.dsca.mil/press-media/major-arms-sales/germany-f-35-aircraft-and-munitions>

<sup>38</sup> Björn Müller, Die erste Schlacht gewinnen, 8.4.2024; <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/long-range-fire/> Dabei handelt es sich um den Typ AGM-158B/B2

JASSM; [https://de.wikipedia.org/wiki/AGM-158\\_JASSM#AGM-158B](https://de.wikipedia.org/wiki/AGM-158_JASSM#AGM-158B) imi-online.de 7.6.2024, Mehr F35?; <https://www.imi-online.de/2024/06/07/mehr-f35/>

<sup>39</sup> Griephan-Brief 13/22, in Jürgen Wagner, Kriegskredite und Rüstungslisten, 6.6.2022; <https://www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten>

<sup>40</sup> [https://fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18\\_removed-from-fact-sheet/](https://fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18_removed-from-fact-sheet/) abgelesen 12.8.2022. Die alten Atombombentypen sind B61-3 und B61-4

<sup>41</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/B61\\_\(Kernwaffe\)](https://de.wikipedia.org/wiki/B61_(Kernwaffe)), abgelesen 15.4.2024

<sup>42</sup> Bundesregierung, Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, 76 Seiten, S. 34; <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>

<sup>43</sup> Björn Müller, Die erste Schlacht gewinnen, 8.4.2024; <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/long-range-fire>

<sup>44</sup> FAZ 29.5.2024, Der mit dem Feind spricht

<sup>45</sup> Tagesschau.de, 12.4.2024; <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-taurus-modernisierung-100.html>. FAZ 14.3.2024, „Technisch ist alles machbar“

<sup>46</sup> FAZ 16.5.2024 Luftwaffe bekommt bewaffnungsfähige Drohne

und als ein „echter Gamechanger“ für die Luftwaffe gepriesen.<sup>47</sup> Sie sind als Bestandteil des deutsch-französischen Jahrhundertprojekts FCAS vorgesehen.

Die Entwicklung des Kampfflugzeugsystems der Zukunft FCAS, „Future Combat Air System“ hat begonnen. Spanien kam inzwischen hinzu. In den Jahren 2040 bis 2080 soll dieses KI-unterstützte Luftwaffensystem mit Kampfflugzeugen und Kampfdrohnen im Verbund mit Heeres- und Marineverbänden für weltweite Luftüberlegenheit sorgen. Weil für FCAS nur europäische Bauteile verwendet werden, ist es ein rein europäisches Projekt unter deutsch-französischer Führung. Der erste Schritt zu einer eigenständigen Militärmacht EU. Es wird einzigartig teuer. Greenpeace<sup>48</sup> errechnete die Gesamtkosten auf astronomische 1.100 bis 2.000 Milliarden Euro. Noch kann man aussteigen: Geschieht es bis Ende des Jahrzehnts, hätte Deutschland nur 5 Milliarden in den Sand gesetzt. Für Scholz hat die Umsetzung von FCAS allerdings „oberste Priorität“.<sup>49</sup>

Diese Auflistung ist bei weitem nicht vollständig. Es führt nur Projekte auf, die besonders teuer sind und er möglichen sollen, Deutschland in eine europäische Führungsrolle zu bringen, sei es kurz und mittelfristig in der NATO oder langfristig in einer autonomen EU. Projekte, für deren Finanzierung die NATO wegweisend auf ihrem Gipfel in Vilnius im Juli letzten Jahres den passenden Beschluss gefasst hat: „Wir verpflichten uns dazu, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben, [um] die neuen NATO-Verteidigungspläne und das Streitkräftemodell mit Ressourcen auszustatten.“<sup>50</sup> Zu beachten ist an dieser Festlegung zweierlei: Beschlossen wurde dies ohne zeitliche Begrenzung und der Beschluss beinhaltet das Wörtchen mindestens – mindestens zwei Prozent.

Für dieses Jahr gab die NATO am 17.6. die von der Bundesregierung angegebene Schätzung heraus: 90,6 Milliarden Euro. Das entspreche 2,12 Prozent des erwarteten BIPs.<sup>51</sup> Es bedeutet ein Plus von krassen 23 Milliarden gegenüber dem letzten Jahr.<sup>52</sup>

<sup>47</sup> Oberstleutnant Jens Büttner, Angehöriger des Kommando Luftwaffe, ESuT August 2022, S. 57

<sup>48</sup> Greenpeace, Flug ins Ungewisse . Die teure Odyssee des Future Combat Air Systems, Dezember 2023, 29 Seiten, im Weiteren: Greenpeace; [https://www.greenpeace.de/publikationen/Studie\\_FCAS\\_Kosten\\_Ruestung.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Studie_FCAS_Kosten_Ruestung.pdf)

<sup>49</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353

<sup>50</sup> <https://www.imi-online.de/2023/08/28/zeitenwende-heisst-sozialabbau/>

<sup>51</sup> NATO Press Release, Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2024), 17.6.2024, 17 Seiten, S. 7 u. S. 9;

Inflationsbereinigt ist das ein Anstieg um 29,4 Prozent und das 2,6-Fache gegenüber 2014.

Die 90,6 Milliarden setzen sich zusammen aus knapp 52 Milliarden des Einzelplans 14, also dem Verteidigungshaushalt, knapp 20 Milliarden hat die Regierung als verteidigungsrelevant in anderen Ressorts gefunden, ohne darüber näher Auskunft zu geben. Das heißt, insgesamt 71,4 Milliarden kommen aus dem Bundeshaushalt und 19,2 Milliarden werden dem sogenannten Sondervermögen entnommen. Scholz hat deutlich gemacht, dass die „mindestens zwei Prozent“ auch ausgegeben werden sollen, wenn der Topf mit den 100 Milliarden leer ist. Das wird spätestens Ende 2027 der Fall sein. Im Bundestag sagte er: „Wir garantieren der Bundeswehr 2 Prozent NATO-Quote auch 2028, 2029 und 2030, in den ganzen 30er Jahren.“<sup>53</sup> Das bedeutet, spätestens ab 2028 werden sämtliche Militärausgaben direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden müssen. Das bestätigte Scholz im Bundestag. Er sagte Anfang September: „Und ja, schon jetzt, schon heute, ist klar, dass wir allerspätestens ab 2028 zusätzliche 25 Milliarden, vielleicht auch fast 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus dem Bundeshaushalt direkt finanzieren müssen.“<sup>54</sup> Das hat zur Folge, dass bereits im Haushalt 2028 die erhöhten Bundeswehrausgaben von etwa 95 Milliarden stehen. Wie das genau aussieht, soll sich am 3. Juli zeigen, wenn das Kabinett die mittelfristige Finanzplanung 2025 bis 2028 verabschiedet. Konkret wird sich zeigen, wie sich diese Mehrausgaben in Höhe von fast 25 Milliarden im Vergleich zu diesem Jahr in anderen Ressorts niederschlagen.

Pistorius öffnete im Februar schon mal Horizonte auf weitere Ausgabensteigerungen. Er sagte, „es könnte sein, dass wir drei oder 3,5 Prozent erreichen. Das hängt davon ab, was in der Welt passiert.“<sup>55</sup> Was würde das finanziell bedeuten?

Auf der Basis des BIP-Wertes von diesem Jahr würde das statt 71 horrend 125 bzw. 150 Milliarden Euro für die Bundeswehr pro Jahr ergeben. Also etwa 55 bzw. 80 Milliarden mehr als zurzeit. Wenn keine neuen Schulden dafür aufgenommen werden würden, müsste

[https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf)

<sup>52</sup> a.a.O. S. 9. Für 2023 hat Deutschland gegenüber der NATO Ausgaben i. H. v. 67,621 Mrd. Euro angegeben. Das entspricht nach NATO-Schätzung 1,46 Prozent des BIP. Preisbereinigt beträgt der Anstieg von 2023 auf 2024 29,4 Prozent (a.a.O. S. 8)

<sup>53</sup> Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht 118. Sitzung, Berlin, 6. September 2023, S. 14539; <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20118.pdf>

<sup>54</sup> ebenda

<sup>55</sup> tagesschau.de, 18.2.2024; <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-sicherheitskonferenz-100.html>

das zusätzliche Geld aus dem Haushalt kommen. Woher nehmen? Schauen wir uns den Worst Case an. Das wäre die Entnahme aus dem Etat des Arbeitsministeriums. Er umfasst 175 Milliarden. Nach heutigen Maßstäben würde das bedeuten, dass bis zur Hälfte der Sozialausgaben gekürzt werden müssten. Die Folge: Halbierung des Bürgergeldes, Halbierung der Grundversicherung, Halbierung der Arbeitsförderung und auch der Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Letzteres hieße Kürzung der Renten um bis zu 20 Prozent.<sup>56</sup> Diese Perspektive ist extrem gruselig. Dazu darf es nicht kommen. Danke Euch für die Aufmerksamkeit.

**Lühr Henken, ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag ([www.Friedensratschlag.de](http://www.Friedensratschlag.de)), Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik (<https://jenior.de/produkt-kategorie/kasseler-schriften-zur-friedenspolitik/>) und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination (<http://www.frikoberlin.de/>)**

## Die Glocke von Gaza *Essay von Charlotte Wiedemann (25. April 2024)*

**Die versteinerte Staatsräson schadet unserem Land. Es ist Zeit, dies zu ändern – damit Deutschland ein konstruktiver Partner bei der Bewältigung der israelisch-palästinensischen Katastrophe sein kann.**

Demnächst erscheint das bereits 2020 in den USA veröffentlichte Buch des US-palästinensischen Historikers Rachid Khalidi unter dem Titel "Der Hundertjährige Krieg um Palästina" (Unionsverlag, Mai 2024) auf Deutsch. Der Historiker, Zeitzeuge und politische Berater erzählt darin die Geschichte Palästinas entlang einer doppelten Tragik: der Unterdrückung wie der verfehlten Strategien von Befreiung. Eminent kritisch gegenüber bisherigen und gegenwärtigen palästinensischen Führungen lässt Khalidi keinen Zweifel: Alles muss auf den Prüfstand, es braucht eine neue Vision der Gleichheit zweier Völker.

Die Glocke von Gaza, eine Totenglocke für so viele Menschen, läutet unter dem schwarzen Schleier der Trauer auch einen Neubeginn ein: Nichts kann so bleiben, wie es ist, wie es war. Das gilt für Israel, für die Besatzung, für die sklerotische Autonomiebehörde, aber es gilt ebenfalls für Deutschland, für ein Verständnis von Staatsräson, das unserem Land, unserem internationalen Ansehen und unseren gesellschaftlichen Möglichkeiten beträchtlichen Schaden zufügt.

Es ist an der Zeit, dies klar auszusprechen und es zu ändern – nicht zuletzt damit Deutschland bei der

Bewältigung der israelisch-palästinensischen Katastrophe ein konstruktiver, fairer Partner sein kann.

"SELTSAM AUFTRUMPFENDE  
WELTABGEWANDTHEIT"

Was ist geschehen? Deutschland ist auf die abschüssige Bahn eines falsch verstandenen Exzeptionalismus geraten, indem die Verantwortung für den Holocaust und die daraus folgenden exzeptionellen Verpflichtungen verengt wurden auf ein Bekenntnis zur israelischen Staatsverfasstheit und Politik. Und indem wir anderen vorschreiben, wie sie zu Israel zu denken haben, wenn sie deutschen Boden betreten.

So ist ein schwüles Gemisch entstanden, eine seltsam auftrumpfende Weltabgewandtheit. Wir laden ein, um auszuladen. Und wir haben das Recht zu beleidigen, denn wir sind als Ex-Böse die einzig wahren Guten.

Wobei Vorträge, Gastprofessuren oder Preisverleihungen meist nicht etwa gecancelt werden, weil die jeweils Verantwortlichen überzeugt wären, in ihrem Haus käme sonst Antisemitismus zu Wort. Sondern weil sie Angst haben, dies könne ihnen vorgeworfen werden. Also waschen sie ihre Hände auf Kosten anderer in Unschuld. Das Bekenntnis zu historischer deutscher Schuld ist zur Versicherungspolice mutiert: Ich bezeuge meine Reinheit, indem ich andere denunziere.

"AUTORITÄRE BEWIRTSCHAFTUNG DES  
ÖFFENTLICHEN WORTS"

<sup>56</sup> Die Kürzung der Renten um rund 20 Prozent errechnet sich so: Für 2023 ergab sich eine Gesamtsumme der Rentenauszahlung in Deutschland in Höhe von 308 Mrd. Euro (21,26 Mio. Rentner:innen bezogen eine durchschnittliche Jahresrente i. H. v. 14.508 Euro). Aus dem Bundeshaushalt (EP 11) wurde diese

Auszahlung mit 121 Mrd. Euro bezuschusst. Würde dieser Betrag auf rd. 60 Mrd. halbiert worden sein, würde sich die Auszahlungssumme auf 248 Mrd. Euro reduzieren. Das wären rd. 20 Prozent weniger als 308 Mrd. Euro.



Dies ist traurig, ja – und noch trauriger vor der Kulisse realen Leids in Gaza. Manches bei uns wirkt nur lächerlich, erratisch, armselig. Aber da ist etwas Dunkles, Beunruhigendes; zu oft straft das herrische Gutsein prominente jüdische Frauen ab.

Ich sehe indes auch ein anderes Gesicht Deutschlands. Ähnlich wie die Mehrheitsmeinung die Haltung der Regierung zum Gaza-Krieg bald nicht mehr teilte, ist die versteinerte Auffassung von Staatsräson vor allem ein Phänomen der politischen Eliten (sowie jener, die dazu zählen möchten). Bereits in Gedenkstätten, um nur diese zu nennen, wird anders gedacht. Statt von Zensur spreche ich deshalb lieber von einer autoritären Bewirtschaftung des öffentlichen Worts – und von geistiger Selbst-Amputation.

In Buchhandlungen und Bibliotheken besteht ein Reichtum an Literatur zu Israel und Palästina, doch auf öffentlichen Foren gibt es nur einen schmalen Korridor legitimer Ansichten. Reich ist unsere Landschaft der Nahost-Wissenschaften, doch die Listen von Expertinnen und Experten, die in hiesigen Einrichtungen als "risikofrei einladbar" herumgereicht werden, sind erbärmlich kurz.

#### DER KOMPLEXITÄT GERECHT WERDEN

So macht sich Deutschland dümmer, als es sein müsste, während zugleich der Bedarf wächst, sich in der neuen Komplexität der Verhältnisse zurechtzufinden. Rechtsextremismus in Israel: Bereits lange vor dem 7. Oktober taten sich viele Deutsche schwer, dieses Phänomen kognitiv und ethisch zu erfassen. Dennoch wurden Verwirrung und Verunsicherung kaum Gegenstand öffentlicher Erörterung. Als israelische Oppositionelle von jüdischem Fundamentalismus, gar Faschismus, sprachen, hielt sich die deutsche Politik die Ohren zu.

Es ist an der Zeit wahrzunehmen, wie in den USA große Minderheiten junger Jüdinnen und Juden auf Distanz zur israelischen Politik gehen, die Zustände in der Westbank umstandslos Apartheid nennen und sich radikaler als je zuvor auf die Seite der Palästinenser

stellen. Der Begriff "ethnische Suprematie", der die Kölner Universität veranlasste, der Philosophin Nancy Fraser eine Gastprofessur zu entziehen, dient vielen, sogar Israelis, zur kritischen Beschreibung der Realität eines jüdischen Staates, der Nichtjuden Gleichheit verweigert.

Omri Boehm, hierzulande preisgekrönt, fordert gleichfalls die Überwindung dieses Staatskonzepts. Und die interessanteste israelisch-palästinensische Initiative für eine binationale Lösung ("A Land for All") basiert auf der Anerkennung, dass beide Völker ein Heimatgefühl "from the river to the sea" haben. Warum denken wir da nicht aktiv mit?

Alles könnte so anders sein. Tausende in Deutschland verfügen über jahrelange Erfahrungen in Israel-Palästina, durch kirchliche Initiativen, NGOs, als menschenrechtliche Beobachter. Unter uns leben 200.000 Palästinenserinnen und Palästinenser sowie geschätzt 30.000 Israelis. Welche Ressourcen! Und welche spektakuläre Verschwendung, sie nicht zu nutzen.

Statt durch intoleranten Moralismus aufzufallen, könnte Deutschland der Ort sein, an den alle gehen, um offene, kreative, konstruktive Debatten zu führen. Public Diplomacy zu Israel-Palästina mit allen Beteiligten; eine machbare Utopie. Und es entspricht einer inklusiv gedachten historischen Verantwortung, Israel, Palästina und Deutschland als Dreieck zu verstehen.

Da ist noch etwas: Der Widerstand gegen gleiche Rechte für alle verbindet die AfD mit dem Trump-Lager in den USA und dem Radikalzionismus in Israel. Wer zu dieser Strömung gehören möchte, sollte es sagen und sich dann besser nicht auf eine Lehre aus der Shoah berufen.

Charlotte Wiedemann

Quelle: © Qantara.de 2024

## Eine historische Entscheidung von Prof. Dr. Norman Paech (30. Juli 2023)

*Prof. Dr. Norman Paech, em. Professor für Politische Wissenschaft und für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg*

Es wird eng um Israel: politisch, moralisch und juristisch. Politisch ist Israel schon lange in der UNO isoliert wie kaum ein anderes Land und verdankt seine Mitgliedschaft bis heute praktisch nur den USA. Immer, wenn wieder ein Antrag auf Ausschluss kam,

konterten die USA mit der Drohung, ebenfalls die UNO zu verlassen, wenn Israel hinausgeworfen werde. Moralisch wird das offenbar in vielen Regierungen anders gesehen als in ihren Universitäten. Aber man müsste schon die Prinzipien und Grundgedanken des Völkerrechts als Maßstab immerhin unverbindlicher Moral beiseiteschieben und in das neue Regal „regelbasierte Ordnung“ greifen, um die Politik in Jerusalem sowohl nach innen wie nach außen

nicht als moralisch abstoßend zu bezeichnen. Und juristisch ist kaum noch ein Ausweg aus der selbstgebauten Sackgasse.

Das neueste Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 22. Juli 2024 erzählt in der Substanz nichts Neues, und niemand war in der Tat wirklich überrascht. Auch die stärksten und dauerhaftesten Unterstützer der israelischen Regierung in Politik und Medien wissen seit Jahren, dass die Besetzung des palästinensischen Territoriums, seine Besiedlung, der Landraub und die Ausbeutung seiner Ressourcen rechtswidrig sind, dass Armee und Siedler die besetzten Gebiete zu verlassen haben. Sie kennen das erste Gutachten des IGH aus dem Jahr 2004, in dem er den Bau der Mauer/Sperrzauns soweit als rechtswidrig erklärte, wie er auf palästinensisches Territorium übergreift – 16 % mit ca. 80.000 Siedlern – und es sich faktisch aneignete. Seinerzeit ließ der IGH schon keine Zweifel aufkommen, dass er nicht auch die Besetzung und die Siedlungspolitik für rechtswidrig hielt.

Aktuell nun greift der IGH weiter aus, wird konkreter und präziser – das mag überrascht haben. Die Fragen, die ihm die UN-Generalversammlung Ende Dezember 2022 gestellt hatte, waren klar und machten auch aus der Meinung der Versammlung keinen Hehl:

1. „Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus der fortwährenden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel, aus seiner anhaltenden Besetzung, Besiedlung und Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes, einschließlich der Maßnahmen, die darauf abzielen, die demografische Zusammensetzung, den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem zu verändern, und aus der Verabschiedung damit verbundener diskriminierender Gesetze und Maßnahmen?“

2. „Wie wirken sich die oben erwähnten Politiken und Praktiken Israels auf den rechtlichen Status der Besetzung aus, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich daraus für alle Staaten und die Vereinten Nationen?“

Der IGH veranstaltete vom 19. Februar an eine einwöchige Anhörung in Den Haag, zu der sich 49 Staaten und drei internationale Organisationen angemeldet hatten. Nur auf die Erklärung der chinesischen Regierung sei hier hingewiesen, da sie so ungewohnt in unseren Ohren klingt und wir sie so klar und

eindeutig nie von einer Regierung im westlichen NATO-Horizont hören werden. Chinas Vertreter Ma Xinmin erklärte, dass die Palästinenser ein „unveräußerliches Recht“ haben, sich mit Gewalt gegen ausländische Unterdrückung zu wehren. Israel sei aufgrund seiner Besetzung und Unterdrückung für den Konflikt mit den Palästinensern verantwortlich, und fügte hinzu, dass „in diesem Zusammenhang“ der bewaffnete Kampf von Terrorismus zu unterscheiden sei und dass der palästinensische Kampf eine gerechtfertigte Aktion zur Wiederherstellung ihrer legitimen Rechte sei.

Vier Monate später, am 19. Juni, eröffnete der libanesischer Gerichtspräsident Nawaf Salam die Verlesung des Gutachtens mit den Worten: "Israels anhaltender Missbrauch seiner Position als Besatzungsmacht durch die Annexion und die Behauptung einer ständigen Kontrolle über die besetzten palästinensischen Gebiete und die fortgesetzte Vereitelung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung verstößt gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und macht die Anwesenheit Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig."

In allen neun Kernpunkten des 83 Seiten umfassenden Gutachtens waren sich die Richter und Richterinnen mit großer Mehrheit einig. Die Besetzung sei, so der Vorsitzende Salam, das Produkt „systematischer Diskriminierung, Segregation und Apartheid“, eine „de-facto Annexion“. Israel habe seine „gesetzwidrige Anwesenheit in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden“. Die Regierung müsse sofort alle Siedlungsaktivitäten stoppen und alle Siedler aus den bestehenden Siedlungen evakuieren, ferner die „Rückkehr aller Palästinenser, die während der Besetzung vertrieben wurden, an ihren ursprünglichen Wohnort“ ermöglichen. Israel habe für alle Schäden, die alle „natürlichen und juristischen Personen“ durch die Besetzung erlitten hätten, Entschädigung zu leisten. Zudem wiederholt der Gerichtshof seine Forderung von 2004 nach Rückbau der Sperranlage auf israelisches Territorium.

Es gab eine grundsätzliche Ablehnung aller neun Punkte durch ein Dissenting Vote der ugandischen Richterin Julia Sebutinde. Sie hatte sich schon in den Entscheidungen des IGH in der Klage Südafrikas gegen Israel gegen alle Entscheidungen gewandt. Ihre Ablehnung basiert auf der sog. *political question*-Doktrin in den USA, die die Regierung in zentralen politischen Fragen vor der Gerichtsbarkeit schützt.

Ihre Wirkung gilt offensichtlich auch in Uganda und lässt sich mit der Mitgliedschaft Sebutindes bei den Evangelikalen erklären, deren Chef ihr Ehemann ist.

Drei weitere abweichende Voten der Richter Abraham aus Frankreich, Auresku aus Rumänien und Tomka aus der Slowakei zu einigen Punkten des Gutachtens mindern nicht den großen Konsens über die zentralen Fragen im Richterkollegium. Während die Mehrheit im Gericht die Berufung Israels auf ein Selbstverteidigungsrecht für die Besatzung 57 Jahre nach ihrem Beginn ablehnt, sind die drei Richter da anderer Meinung. Wegen der „außergewöhnlich komplexen Geschichte und Natur des israelisch-palästinensischen Konflikts“ sei auch jetzt noch eine israelische Militärpräsenz vertretbar. Doch hatte diese Netanjahu zweifellos angenehme Meinung keine Chance im Kollegium und Richter Yusuf aus Somalia und die australische Richterin Charlesworth traten dem in ihrem Votum ausdrücklich entgegen.

Auf eine besondere Formulierung im Gutachten weist das Sondervotum der US-amerikanischen Richterin Cleveland und des deutschen Richters Nolte hin. Es heißt dort, dass sich Israel „so schnell wie möglich“ aus den besetzten Gebieten zurückziehen soll. Dies ist eine kleine Hintertür, die das Gericht dem Rückzug gelassen hat, und es ist nicht zufällig, dass das Votum aus den USA und der BRD den Blick darauf gelenkt hat.

Israels Offizielle wiesen, wie zu erwarten, das Gutachten zurück, es würde den Friedensprozess unterminieren. Netanjahu fand es absurd und erklärte: „Das jüdische Volk ist kein Besatzer in seinem eigenen Land, auch nicht in unserer ewigen Hauptstadt Jerusalem oder in Judäa und Samaria, unserer historischen Heimat.“

Das Auswärtige Amt verbreitete einen X-Spot der deutschen Außenministerin auf Reisen, das schon jetzt signalisiert, dass die Bundesregierung der Forderung des IGH, die Unterstützung der rechtswidrigen Besatzungspolitik Israels aufzugeben, nicht nachkommen wird: „Der IGH hat ein wegweisendes Gutachten zum Nahostkonflikt veröffentlicht. Klar ist: Die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik steht der 2-Staaten-Lösung im Weg. ISR-Regierung wäre gut beraten, das Gutachten ernst zu nehmen & den Weg für 2-Staatenlösung freizumachen.“

Da auch von den USA, gleich unter welcher

zukünftigen Präsidentschaft, kein Wechsel in ihrer Israel-Politik zu erwarten ist, bleiben nur die Vereinten Nationen, an die die Forderung ergeht, „die genauen Modalitäten und weiteren Maßnahmen, die erforderlich sind, um die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden“. Da der UN-Sicherheitsrat durch das Veto der USA blockiert bleibt, wird es die Aufgabe der Generalversammlung sein, Mittel zu finden, die die israelische Regierung unter Druck setzen, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Vorbild sollte die Zähigkeit der südafrikanischen Regierung sein, die durch wiederholte Anträge beim Gerichtshof schließlich ein Votum für den Waffenstillstand im Süden des Gazastreifens erhielt. Dabei gilt es vor allem, die kleine Hintertür zu schließen, die das Gutachten gelassen hat, indem es den Rückzug aus den besetzten Gebieten nur „so schnell wie möglich“ fordert.

Bei aller Skepsis über die Wirkung dieses Gutachtens auf die Politik Israels und seiner Paten USA und BRD sollte seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. Jahrzehnte war die internationale Justiz systematisch aus dem Konflikt in Palästina herausgehalten worden. Erst in den letzten 10 Jahren war es zunächst der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der nach dem schweren Angriff auf Gaza 2014 mit über 2.000 Toten und Zehntausend Verletzten die Untersuchungen wegen möglicher Kriegsverbrechen aufnahm. In umfangreichen Gutachten musste er seine Zuständigkeit für Palästina, ein Land, das von der UNO bisher trotz mehrfacher Versuche nur als Staat mit Beobachterstatus anerkannt worden ist, begründen. Und nun steht er vor der Entscheidung, zum ersten Mal in der Geschichte einen westlichen Staatschef in Haft zu nehmen. Der Internationale Gerichtshof folgte, angetrieben durch die Klage Südafrikas gegen Israel und Nicaraguas gegen Deutschland. Der Auftrag der UN-Generalversammlung an den IGH initiierte nicht nur das vierte Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit, sondern auch die grundsätzlichsste, die gesamte Problematik der israelischen Besatzung umfassende Prüfung und Entscheidung. Die vom IGH geforderte Beendigung von über fünfzig Jahren Unterdrückung, Landraub und Apartheid in Palästina mag nicht sofort gelingen, ist aber dennoch eine historische Entscheidung der Internationalen Justiz.

**Quelle: Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V. (BIP), BIP-Aktuell #314**

## Buchempfehlung 1: Johannes Zang, *Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg* (erschienen Juli 2024)



*Wann wurde Rafah geteilt? Wer verdient am Tunnelgeschäft? Was bedeutete das Bertini-Abkommen für die Fischer Gazas? Welcher hochrangige israelische Politiker versicherte schon vor Jahren, die Palästinensische Autonomiebehörde sei »eine Last«, die Hamas dagegen »ein Gewinn«? Anhand von gut hundert Fragen skizziert der Journalist Johannes Zang mosaikartig Geschichte und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst etwa drei Dutzend Mal besuchte. Bündig skizziert er die britische Mandatszeit und die zwei Jahrzehnte unter ägyptischer Verwaltung. Er geht auf die Besatzung und die Blockade seit 2007 ein, womit eine längere Abriegelungspolitik Israels weiter verschärft wurde, die auch internationale Medien betrifft. Der Band beleuchtet Entwicklung und Verankerung der Hamas sowie die Rolle, die Israel bei deren Entstehung spielte. Zang befasst sich mit dem Massaker vom 7. Oktober 2023, der Vorgeschichte, den ignorierten Warnungen und dem darauffolgenden Krieg. Internationale Analysen, in Deutschland kaum abgebildet, werden ebenso herangezogen wie Stimmen aus israelischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen.*

**„Wenn die Palästinenser keine Menschen sind, erübrigt sich auch die Frage nach den Menschenrechten“**

**Das neue Buch von Johannes Zang schildert im Detail die katastrophalen Zustände, die Israel im Gazastreifen angerichtet hat – und wie es zu dieser Barbarei gekommen ist / Der Bankrott der westlichen Werte**

Rezension von Arn Strohmeier

Der Nahe Osten steht am Abgrund: Israels Politiker und Militärs haben alle Hemmungen abgelegt. Im Gazastreifen haben sie einen Genozid begangen und sind noch dabei, ihn fortzusetzen – wohl mit dem Ziel, die restlichen Palästinenser endgültig aus dem Streifen und auch aus dem Westjordanland zu vertreiben. Eine neue ethnische Säuberung ist also in vollem Gange. Zudem haben die Israelis Führer des Hamas und Hisbollah umgebracht und riskieren damit wohl ganz bewusst den großen Krieg, von dem sich die Zionisten erhoffen, alle Probleme der Region in ihrem Sinne lösen zu können.

Der Westen – also die USA, die EU und vor allem auch Deutschland – stehen loyal hinter Israel und liefern sogar noch Waffen für die große Abrechnung mit der „Achse des Bösen“ – dem Iran und seinen Verbündeten. Die deutsche Außenministerin klagt in dieser brandgefährlichen Situation nicht den Brandstifter Israel an, sondern das Opfer. Der Mullah-Staat soll sich „mäßigen“ und „zurückhalten“. Der Iran, eine stolze Nation, soll dem zionistischen Treiben auf seinem Staatsgebiet (der Mord an dem Hamas-Führer Hanija war ja nicht der erste auf iranischem Boden) also wohl ohne Widerspruch hinnehmen. Sancta simplicitas! Friedensinitiativen, die den Namen wirklich verdienen, hat der Westen weder in der Vergangenheit noch jetzt unternommen. Man hat Israel gewähren lassen, diesen Staat obendrein mit allen Mitteln unterstützt, seine Gewaltpolitik durchzusetzen, und riskiert nun das große Amageddon.

Wer diesen ganzen moralischen und inhumanen Wahnsinn verstehen will, sollte das neue Buch von Johannes Zang lesen: *Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg*.

Der Autor, der Israel und die besetzten Gebiete bestens kennt, weil er viele Jahre dort verbracht hat, schildert in kurzen, übersichtlichen Kapiteln die Tragödie, die die Schaffung des zionistischen Staates zur Folge hatte: die brutale Vertreibung, Unterdrückung und Besetzung eines ganzen Volkes, das offensichtlich gerade im Gazastreifen und auch im Westjordanland zur endgültigen Aufgabe seiner Existenz in Palästina gezwungen werden soll.

Der Autor schont in seinen Beschreibungen auch die Palästinenser nicht, schildert vorurteilslos und realistisch ihre Differenzen, Widersprüche und Gewaltausbrüche untereinander. Aber der Konflikt zwischen den beiden Völkern ist von Anfang an zu asymmetrisch gewesen, als dass man von der Auseinandersetzung zwischen zwei gleich starken „Seiten“ sprechen könnte. Die Zionisten hatten bei der Realisierung ihres Siedlerprojekts immer durch die Unterstützung der imperialistischen Mächte – erst Großbritannien und dann die USA – das politische und militärische Übergewicht. Die andere Seite hatte so gesehen nie eine Chance. Die Zionisten haben diese Chance mit aller Skrupellosigkeit genutzt und sich deswegen auch erfolgreich durchgesetzt, aber Recht und Moral sind nicht auf ihrer Seite. Israel ist heute ein Pariastaat, der – sieht man von der westlichen „Wertegemeinschaft“ ab – kaum noch Vertrauen in der Welt besitzt.

Man kann dem Autor keine Einseitigkeit vorwerfen, er versucht immer wieder, auch der israelischen Seite gerecht zu werden, prüft ihre Argumente, möchte auf sie eingehen und sie verstehen, aber die gewaltige Last des Unrechts, das der zionistische Staat den Palästinensern in der Vergangenheit angetan hat und auch immer noch antut, zwingt ihn doch immer wieder, die Partei der Palästinenser zu ergreifen in ihrem gerechten Kampf um Selbstbestimmung, Gleichheit, Gerechtigkeit und menschliche Würde.

Man könnte das Gesagte mit vielen Beispielen aus dem Buch belegen. Aber ein Beispiel ist besonders aufschlussreich und erschütternd, weil es die Brutalität des israelischen Vorgehens im Gazastreifen bloßlegt und erklärt, warum die Totenzahlen solche schrecklichen Höhen erreichen. Die israelische Armee setzt ganz offensichtlich KI bei seinem rücksichtslosen Morden ein. Diese Technik hilft bei der genauen Erstellung der Ziele.

Zang schreibt unter Berufung auf israelische Quellen: „Die Recherche legt offen, welches Zahlenverhältnis die Armee zu akzeptieren bereit war. Für jeden Hamas-Kämpfer unterer Hierarchieebenen ‚war es erlaubt, bis zu 15 oder 20 Zivilisten zu töten‘, bei einem Hamas-Bataillons-Kommandeur dagegen durften es ‚mehr als 100 Zivilisten‘ sein. Um Ayman Nofal, Hamas-Kommandeur der Gaza-Mitte-Brigade, am 17. Oktober 2023 zu eliminieren, gab die Armee grünes Licht, ‚um etwa 300 Zivilisten zu töten.‘“ Diese Angaben stimmen sehr genau mit den täglichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz überein.

Es ist kein Geheimnis, dass Israel einer der führenden Produzenten von Rüstungs- und Sicherheitstechnik auf der Welt ist und dass es seine Kriege dazu nutzt, um neu entwickelte Superwaffen zu testen und sie dann als „praxiserprobt“ exportieren zu können. Einer solchen Übermacht an hypermodernen Tötungstechniken haben die Palästinenser und speziell die Hamas nichts entgegenzusetzen. Deren selbst gebastelte Raketen bezeichnen israelische Militärs als „fliegende Mülltonnen“.

Im Nachwort seines Buches rechnet Zang mit der Nahost-Politik des Westens und damit auch Deutschlands ab. Diese Staaten rühmen sich, universalistisch gültige Werte zu vertreten, unterstützen als Verteidiger der israelischen Politik in Wirklichkeit aber das Gesetz des Dschungels. Menschenrechte, Genfer Konvention, internationales humanitäres Recht, UNO-Charta – alles Fehlanzeige! Der Autor folgert: „Statt auf das Ende [der Militärbesatzung] hinzuwirken, haben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA, ja die ganze Staatengemeinschaft – zumindest die westliche – durch ihr Schweigen und Wegsehen Israel geradezu ermuntert, den Weg der Kolonisierung, Enteignung und Unterdrückung fortzusetzen. Straflosigkeit war sozusagen garantiert.“

Der Gaza-Krieg hat die politischen Fronten in Deutschland weiter polarisiert. Wer Sympathien für die Sache der Palästinenser äußert, ein Ende des Krieges und Menschenrechte und Selbstbestimmung für dieses Volk einfordert, muss damit rechnen, als „Antisemit“ angeprangert zu werden. Es sei hier noch einmal wiederholt, weil es so unglaublich ist: Der Einsatz für Menschenrechte führt in Deutschland zum „Antisemitismus“-

Vorwurf – was für eine infame Perversion und was für eine falsche Schlussfolgerung aus dem Holocaust!

Zang beschreibt ausführlich, wie sich diese Perversion in den deutschen Medien fortsetzt und als ideologische Position festgesetzt hat. Die Leitmedien verteidigen so gut wie ausnahmslos Israels verhängnisvollen politischen Kurs. In den Talkshows sind auch nur die Nachbeter der israelischen Politik zu sehen – kritische Juden, die universalistische Positionen vertreten, haben keinen Zutritt. Auch die werden schon als „Antisemiten“ titulierte! Was für eine zynische Anmaßung: Deutsche, denen bestimmte Juden nicht passen, prangern diese als „Antisemiten“ an! Verlierer in diesen an McCarthy erinnernden Kampagnen ist das Kernelement der Demokratie: die Meinungs- und Informationsfreiheit.

Die deutschen Politiker, die hinter Israel stehen, müssen sich von der israelischen Journalistin Amira Hass – Zang zitiert sie ausführlich – sagen lassen, dass sie mit ihrer Loyalität gegenüber dem Besatzungs- und Apartheidstaat Israel die aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung „verraten“ haben. Und der Ägypter Mohamed El Baradei, der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, schreibt dem Westen

und damit auch den Deutschen ins Stammbuch: „Darüber hinaus hat die arabische bzw. die muslimische Welt das Vertrauen in vermeintlich westliche Normen wie Völkerrecht und internationale Institutionen, Menschenrechte und demokratische Werte verloren. Ihrer Ansicht nach macht der Westen selbst vor, dass rohe Gewalt über allem steht. (...) Ohne eine radikale Reform der internationalen Ordnung wird der Gaza-Krieg ein Vorbote einer außer Kontrolle geratenen Welt sein.“

Die westliche und deutsche Sicht auf Israel und den Nahen Osten sowie die Rolle, die diese Staaten dort spielen, bedürfen einer dringenden Korrektur, sie haben sich dort den falschen „Werten“ verpflichtet und verteidigen diese auch noch mit äußerster Gewalt. Johannes Zang hat ein wichtiges Buch geschrieben, das hilft, die Entstehung und die Gegenwart des nahöstlichen Chaos zu verstehen und Wege in eine bessere Zukunft zu weisen.

**Johannes Zang: Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg, Papyrossa-Verlag Köln, ISBN 978-3-89438-835-5, 19,90 Euro**

## **Buchempfehlung 2: Wolfgang Benz (Hrsg.), Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen**

In einem Feature im Deutschlandfunk unter dem Titel „Wegweiser aus einem verminten Gelände“ hat Christiane Habermalz das vom Doyen der deutschen Antisemitismusforschung herausgegebene Buch am 12. Juli 2020 besprochen, nachzuhören:

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/wolfgang-benz-streitfall-antisemitismus-wegweiser-aus-einem-100.html>

Wolfgang Benz war ein gewisser Zorn anzumerken. Die Antisemitismus-Debatte in Deutschland sei massiv aus dem Ruder gelaufen, diagnostizierte er bei der Buchvorstellung im Brecht-Haus in Berlin. Immer öfter würden Aktivisten den Antisemitismus-Vorwurf erheben und damit nicht nur Karrieren und Personen massiv beschädigen, sondern auch den öffentlichen Raum einengen.

Mit Wissenschaftlichkeit und sachlicher Expertise habe das meist wenig zu tun. Dafür umso mehr mit Emotionen und politischen Interessen, beklagte der langjährige Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin.

„Beim Thema Antisemitismus ist man von Experten umzingelt, die es allemal besser wissen, und das gesinnungsstark auch zum Ausdruck bringen“, sagte Benz.

Der Sammelband „Streitfall Antisemitismus“ positioniert sich mitten hinein in die überreizte öffentliche Debatte um die palästinensische Boykottbewegung BDS. Ein Buch, das sich als „Wegweiser“ versteht – und als Versuch, die Debatte zu versachlichen.

15 Autoren aus Wissenschaft und Politik bemühen sich um Aufklärung und Differenzierung zu den Fragen: Darf man den Holocaust mit anderen Menschheitsverbrechen vergleichen? Welche Ziele verfolgt die Boykottbewegung BDS tatsächlich? Wann überschreitet berechtigte Kritik an Israels Besatzungspolitik die Grenzen und ist Judenfeindschaft?

### **Schaden für Freiheit der Wissenschaft**

Auslöser für das Buch seien die Kritik am zurückgetretenen Direktor des Jüdischen Museums, Peter Schäfer, und die Antisemitismusrwürfe gegen den südafrikanischen Geschichtsphilosophen Achille Mbembe gewesen – laut Benz nur zwei von vielen ungeliebten Beispielen für, wie er es nennt, „politisch angelegten denunziatorischen Aktionismus“, der die öffentlichen Debatten erschwert oder unmöglich macht.

Der prominente Wissenschaftler Mbembe sollte als Eröffnungsredner der Ruhr-Triennale eingeladen werden – nachdem ein FDP-Politiker und der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, in seinem Werk Passagen aufgespürt hatten, in denen er die israelische Besatzungspolitik im Westjordanland mit der südafrikanischen Apartheid verglichen hatte.

„Die Peinlichkeit und das Missverstehen und die Anmaßung des Zensurverlangens gegenüber diesem Gelehrten ist die eine Seite des Falles. Der Schaden für die Freiheit der Wissenschaft die andere“, meint Benz. Wie vermint das Gelände ist, das musste der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz, Doyen seines Fachs, auch am eigenen Leibe erleben. Als er bei einer wissenschaftlichen Konferenz Islamfeindschaft mit Antisemitismus verglich, sei er in bestimmten Kreisen zum Paria geworden, der die Singularität des Holocaust in Frage stelle, erzählt er.

Daran hätten auch die vielen Sympathiebekundungen deutscher und internationaler Gelehrter nichts geändert, denn kaum einer habe diese öffentlich gemacht.

„Man wird von dem einen oder anderen gemieden, man kriegt von dem einen oder anderen eins übergezogen. Man liest in der Jerusalem Post – ich nehme an, das ist die schlechteste Zeitung der Welt – dass ich ein Antisemit und Holocaust-Leugner bin. Das hat Folgen, und Wissenschaftsfreiheit wird beschädigt“, sagt Benz.

### **Von der öffentlichen Bühne verdrängt**

Unter den Autoren des Buches sind der israelische Historiker Moshe Zimmermann und der frühere israelische Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, die in ihrem Kapitel „Wegweiser für die Verwirrten“ darlegen, wie energisch das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten zur Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus in der ganzen Welt beiträgt – und es geschafft hat, dass sich gutgemeinte Antisemitismusverordnungen und -beschlüsse in Amerika, Frankreich und Deutschland gegen eine eigentlich marginale BDS-Bewegung beziehungsweise Kritiker der israelischen Besatzungspolitik richteten.

Der frühere Leiter des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem, Daniel Cil Brecher, zeichnet in seinem Beitrag ein Bild der deutschen Identitätsprobleme und der komplexen deutsch-israelischen Beziehungen. Der Erziehungswissenschaftler Michael Brumlik begründet in seinem Beitrag, warum er im Zusammenhang mit der BDS-Debatte von einem neuen McCarthyismus spricht. Denn es genüge oft schon der Vorwurf, mit dem BDS Kontakt gehabt zu haben, um von öffentlichen Bühnen verdrängt zu werden.

„Und das genau ist McCarthyismus. Dass man Leuten unbewiesen und unbelegt irgendwelche Kontakte vorhält und ihnen aufgrund dieser unbelegten Kontakte so etwas wie ein öffentliches Auftrittsverbot erteilt“, sagt Brumlik.

Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zu einem hochbrisanten Thema, der Expertise und Argumente liefert für eine Debatte, aus der sich viele mittlerweile lieber heraushalten, aus Angst, sich die Finger zu verbrennen. Dabei ist es heute wichtiger denn je, über jede Form von Antisemitismus zu sprechen.

Das beweisen die anhaltend hohen Zahlen der antisemitischen Vorfälle, Beleidigungen, Angriffe und Morddrohungen gegen jüdische Menschen in Deutschland. In ihrer überwältigenden Mehrheit kommen sie allerdings immer noch aus Kreisen der radikalen Rechten.

**Wolfgang Benz (Hrsg.): Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen**

**Metropol Verlag, Berlin 2020, 328 Seiten Hardcover 24, ISBN: 978-3-86331-532-0**

## Rückblick: 7. Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen am 25. Mai in Büchel von Dr. Werner Schmidt

Seit 2018 wird der Aktionstag von der Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“ veranstaltet, der Christinnen und Christen aus evangelischen Landeskirchen, dem Bistum Trier und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi angehören.

Wenn man den großen Aufwand betrachtet, ist die Mobilisierung von ca. 120 Friedensfreunden eher frustrierend. Es zeigt, wie stark unsere Demokratie unter Druck steht. Viele erleben, dass Engagement nichts bringt. Die Herrschenden machen im Verbund mit unseren Medien, was sie wollen. Sie treiben die Eskalation von Konflikten – auch mit dem Bewusstsein einer Atomaren Eskalation –, den Hass und die Spaltung der Gesellschaft voran.

Das Erleben vor Ort war dagegen sehr ermutigend, das Zusammentreffen mit netten Menschen, gute positive Gespräche, ein inspirierendes Programm, das einem Kraft gibt, weiter für den Frieden zu kämpfen. Ich bin mit positiven Gefühlen nach Hause gekommen.

Begonnen hat das Programm mit Liedern von Eddi Hüneke (ehemals Wise Guys), Pastoralreferentin Veronika Raß berichtete von Pater Hugo Makibi Enomiya-Lassalle. Er war im August 1945 in Hiroshima, wurde von der Atombombe schwer verletzt. Später nahm er die japanische Staatsbürgerschaft an und widmete sein Leben dem Zen-Buddhismus und einem „interreligiösen Dialog des Herzens“.

Gregor Rehm von der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz erzählte von seiner erst einige Wochen zurückliegenden Begegnung mit einem Deserteur aus Belarus, der nicht an den Verbrechen in der Ukraine mitwirken wollte. Nun droht ihm, der militärisches Wissen an die NATO weitergegeben hat, die Abschiebung aus Litauen, zurück nach Belarus.

Um 11.58 war das Läuten der Friedensglocke, der zweite Guss der Glocke von Hiroshima.

Darauf Beginn des ökumenischen Gottesdienstes. Die Predigt hielt der mitteldeutsche Landesbischof und EKD-Friedensbeauftragte Friedrich Kramer. Er beklagte: „**Geist und Logik der Abschreckung führen zur Vernichtung.** Darum wäre gerade jetzt ein Verzicht der NATO auf einen atomaren Erstschlag nötig und wichtig. Darum dürfen die amerikanischen Atomwaffen nicht weiter nach Osten verlagert werden. Und

darum ist es wichtig, dass alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Es ist Zeit!“. Er hob hervor, dass Deutschland gegen den Vier-plus-Zwei-Vertrag verstößt. In diesem Vertrag, der die Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung regelte, wurde vereinbart, dass alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden müssen. Diese Vereinbarung wurde jedoch seit vielen Jahren nicht umgesetzt. Stattdessen werden die in Büchel stationierten Atomwaffen modernisiert. Mit Kosten von 10 plus X Milliarden. Er kritisierte scharf diese Missachtung des Vertrags und forderte die sofortige Einhaltung der Vereinbarungen. Ebenso forderte der EKD-Friedensbeauftragte nachdrücklich einen deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV).

Dies führte auch Roland Blach (von der Pressehütte Mutlangen) weiter aus. In seiner Rede zur Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ betonte er, welch ein riesiger Erfolg dieser – maßgeblich auch durch die Zivilgesellschaft erkämpfte – UN-Atomwaffenverbotsvertrag sei. „Bei unserem Kampf für eine atomwaffenfreie Welt ist der Vertrag eine große Hilfe. Er übt Druck auf die Atommächte aus, setzt sie unter einen Rechtfertigungsdruck.“

Im Predigtgespräch wurde deutlich, dass Bischof Kramer durchaus kein radikaler Pazifist ist und von der EKD leider auch keine weiteren Impulse für den Friedensethischen Prozess hin zu einer Kirche des Friedens zu erwarten sind.

Das Nachmittagsprogramm war eingebettet in Friedenslieder von Dr. Theo Ziegler.